

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenspreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postschickkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 202 bis 207

Sparaktion vor dem Ausbruch.

Hilferding legt den gekürzten Haushalt vor.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde heute mit der Beratung des durch die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien gekürzten Reichsetats begonnen. Diese Beratung wurde durch eine Erklärung des Reichsfinanzministers eingeleitet.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding:

Wie Ihnen bekannt, haben die Regierungsparteien an dem vom Kabinett unterbreiteten Etat eine Reihe von Abänderungsvorschlägen gemacht, um das Ziel zu erreichen, in diesem Notjahr, in dem zugleich die Frage der Erleichterung der Reparationslasten zur Entscheidung gestellt ist, die Balancierung des Haushalts zu finden unter größtmöglicher Schonung der Steuerkraft. In eingehenden Verhandlungen ist eine

Senkung der Ausgaben um rund 180 Millionen Mark

erreicht worden. Dies gestattet, die Erhöhung der Bier- und Erbschaftsteuer fallen zu lassen und die Schaffung neuer Einnahmen auf die Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol um 50 Millionen Mark und die Erhebung von 40 Millionen aus der Nachtragszahlung der Vermögenssteuer zu beschränken. Ich habe der Reichsregierung empfohlen, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten und sich die Anträge der Parteien zu eigen zu machen. Ich will dabei kein Hehl daraus machen, daß ich persönlich die ursprünglichen Staatsvorschläge unter dem Gesichtspunkt einer Finanzpolitik auf weite Sicht auch heute noch für richtig halte. Die Gründe habe ich in meiner Staatsrede angeführt. Ich habe den Etat aufgestellt, ohne ein Ergebnis der Pariser Verhandlungen in Rechnung zu stellen, mit dem festen Entschluß, bei einer Erleichterung unserer Reparationszahlungen zu einer systematischen Senkung der Gesamtsteuereinkünfte zu gelangen. Denn ich sehe nach wie vor zwei Hauptprobleme unserer Finanzpolitik: einmal zu einer Erleichterung unserer Kassenlage zu kommen, dann aber insbesondere durch Senkung der Einkommensteuer und der Zuckersteuer eine Minderung des Steuerdrucks herbeizuführen. Meine Vorlage stand unter dem obersten Bedenken, daß der Etat balancieren muß und kein Defizit aufweisen darf. Dieser oberste Gesichtspunkt bleibt aber auch bei Durchführung der neuen Anträge gewahrt, deren Wesen ja in dem Erfah von Steuererhöhungen durch Drosselung aller nicht lebenswichtigen Ausgaben besteht. Deshalb habe ich dem Kabinett die Annahme dieser Anträge empfohlen.

Ich habe das insbesondere deshalb getan, weil mir neben der Notwendigkeit der beschleunigten Verabschiedung des Etats angesichts der Möglichkeit, daß wir in naher Zukunft vor außerpolitischen Entscheidungen von allergrößter Tragweite stehen können, die Bildung einer festen Regierungsmehrheit über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg von übertragender Bedeutung zu sein schien. Das Kabinett ist mir im Hinblick auf die gesamtpolitische Lage einstimmig beigetreten. Die Reichsregierung wird mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, bestrebt sein, auf die Durchführung des Etats in seiner jetzigen Gestalt hinzuwirken. Ich habe Sie jetzt nur noch zu bitten, daß der Etat sobald wie möglich verabschiedet wird.

Abg. Torgler (Komm.) nennt die Erklärung des Reichsfinanzministers insofern nicht ausreichend, weil sie nicht Auskunft über die Art der Streichung gebe.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) erklärt im Namen seiner Freunde, daß auch seine Partei, trotz ihrer Oppositionsstellung an der schnellen Fertigstellung des Etats weiterarbeiten werde, weil jeder Tag Verzögerung dem Reiche Geld koste.

Abg. Dr. Herx (Soz.): Jede Partei habe in einer Koalition das Bestreben, ihren Einfluß und Erfolg möglichst groß darzustellen. Keinesfalls könne die Volkspartei die Biersteuer z. B. als ihren Erfolg buchen. Die meisten Streichungen seien, wie Redner des näheren nachweist, „echte“ Ersparnisse. Die Senkung der Lohnsteuer sei früher von den Kommunisten selbst als nichts Erstrebenswerteres hingestellt. Die Kenntnis der öffentlichen Betriebe, die in einer Koalition gefordert werde, solle eben dazu dienen, mögliche Klarheit zu erlangen und möglichst Wirtschaftlichkeit durchzusetzen.

Abg. Dr. Cremer (Dsp.) weist darauf hin, daß Voraussetzungen der Steuern in Zeiten solcher Konjunkturschwankungen wie gegenwärtig, einen unsicheren Boden abgaben.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) erklärt, daß seine Freunde dem Kompromisse gern zustimmen, weil er ihnen bei den Etatberatungen geäußerten Grundsätzen entspricht, daß nämlich unsere Wirtschaft neue Steuern oder Steuererhöhungen nicht mehr tragen könne, sondern daß nur der Weg der Ersparnisse am Etat möglich sei, um zu gefundenen Verhältnissen zu kommen.

Léon Blums großer Sieg.

Schon im ersten Wahlgang gewählt.

Paris, 15. April. (Eigenbericht.)

Léon Blum, der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs ist am Sonntag bei der Nachwahl in Narbonne schon im ersten Wahlgang zum Abgeordneten gewählt worden.

Damit ist ein Unrecht wieder gutgemacht worden, das ein launischer Zufall des Einmannwahlrechtes und die kommunistische Bosheitspolitik bei den letzten Kammerwahlen verurteilt hatten.

und der beiden in dieser Gegend allmächtigen Brüder Sarraut hatte, ist mit über 800 Stimmen geschlagen worden. Er konnte nur 5021 Stimmen einheimen. Er hat zwar gegen die Wahl Blums Protest eingelegt, weil er behauptet, daß in der Berechnung der absoluten Majorität ein Irrtum unterlaufen sei, und daß daher eine Stichwahl stattfinden müsse. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß diesem Protest stattgegeben wird. Der kommunistische Gegenkandidat Blums erreichte ganze 600 Stimmen.

Ueber den Wert des Wahlsieges Blums äußert das nationale „Echo de Paris“: „Der Sieg Blums ist ein flagranter Beweis, daß die

Position der Sozialistischen Partei sich in ganz Frankreich festigt.

Die Anhänger der Partei wählten tatsächlich für die sozialistische Idee. Man hat bisher den südfranzösischen Sozialismus als einen Sozialismus eigener, nicht erst zu nehmender Art, verdrängt. Die Wähler von Narbonne bewiesen uns aber, daß sie Disziplin zu halten und für das Parteideal zu stimmen wissen. Durch den Sieg Blums wird der Sozialismus gerade in Südfrankreich immer gefährlicher, denn seine offensive Kraft muß sich wesentlich verstärken.“

Nach Schluß der Wahlen kam es in Narbonne zu einem Zwischenfall im Theater Alcazar, in dem die großen Wahlversammlungen stattfanden. Plötzlich brach aus unbekannter Ursache ein schwerer Brand aus. Trotz aller Anstrengungen der Feuerwehr gelang es nicht den Brand zu löschen. Das Gebäude brannte bis auf die Grundfesten ab.

Die SAJ-Aktion in Genf. 7500 Kundgebungen zur Abrüstungsfrage.

Genf, 15. April.

Rund 7500 Kundgebungen zur Abrüstungsfrage sind in Verfolg der Aktion des Exekutivkomitees der Sozialistischen Internationale bis heute bei der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats eingetroffen. In allen diesen Kundgebungen, die aus 21 Ländern kommen, wird unter Berufung auf die Beschlüsse der beiden letzten Völkerbundsversammlungen der beschleunigte Abschluß der Arbeiten des Abrüstungsausschusses und die baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz selbst verlangt. Rund 4000 Kundgebungen stammen allein aus Holland, wo sich außer den sozialistischen Ortsgruppen auch Kirchengemeinden an der Aktion angeschlossen haben; über 1900 stammen aus Schweden, etwa 640 aus der Tschechoslowakei, 230 aus Frankreich und 160 aus Rumänien. In den übrigen Ländern, so auch in England (125 Kundgebungen), in Deutschland (80), in Spanien (70), in Belgien und in Ungarn (je 30), haben sich dagegen nur die Parteivorstände, Fraktionen und Bezirksvorstände mit dem Abrüstungsappell an den Völkerbund gewandt. Außerdem sind Abrüstungskundgebungen eingegangen von China, Dänemark, Danzig, Finnland, Griechenland, Lettland, Oesterreich, Palästina, Polen, Portugal und der Schweiz. Die

Abordnung des Exekutivkomitees,

in der die Arbeiterschaft der Siegerländer durch Renaudel-Frankreich und de Brocaère, Belgien vertreten ist, die Arbeiterschaft der neutralen Länder durch den Holländer A. I. J. A. und die der besiegten Länder durch den Reichstagsabgeordneten Wels, ist bereits am Sonntag in Genf eingetroffen. Zur Bekräftigung dieser Kundgebungen wird sie am Montag nachmittag vor dem Präsidenten des Vorbereitungsausschusses Douvan durch de Brocaère, der wiederholt die belgische Regierung im Vorbereitungsausschuß vertreten hat, eine gemeinsame Erklärung abgeben. Am Anschließ an die Unterredung mit Douvan wird die Abordnung die Pressevertreter von ihrer Aktion unterrichten.

Eröffnung der Konferenz.

Genf, 15. April.

Die heute vormittag 11 Uhr eröffnete sechste Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses steht fast genau dieselben Delegierten wieder, die schon vor einem Jahr an den Abrüstungsverhand-

Neidische Konkurrenz.



„Diese sozialistischen Frauentagungen! Das haben sie nur unseren altbewährten Kaffeetränzchen abgedudelt!“

Damit ist der paradoxe Zustand beendet, bei dem der unbestrittene Führer einer großen Partei, die in der französischen Kammer mit über 100 Abgeordneten vertreten ist, selbst im Parlament nicht anwesend sein konnte.

Von den 14000 Wahlberechtigten des Kreises sind 11800 zur Urne gegangen. Nur 65 Stimmen waren ungültig, so daß also die absolute Mehrheit 5878 betrug.

Blum erhielt 5886 Stimmen, also acht über die absolute Mehrheit.

Immerhin ist sie die höchste Ziffer, die in Narbonne, einem seit über 20 Jahren sozialistisch wählenden Wahlkreis bisher verzeichnet worden ist. Der bisherige Inhaber des Mandates, der verstorbene sozialistische Abgeordnete Peiffier, hatte es nur auf 5702 Stimmen gebracht.

Der radikale Gegenkandidat Blums, Rechtsanwalt Gougon, der die Unterstützung der mächtigen „Dépêche de Toulouse“

Literatenslärm in der Volksbühne. Der Raubmord in Lübars.

Berichte 3. und 4. Seite

lungen teilgenommen haben. Nur eine der großen Spitzen der Ab-
rüstungsgegner fehlt, nämlich Paul Boncour. Er ist durch
Wassiggi ersetzt, einen Beamten, der lange nicht die rhetorischen
Fähigkeiten Paul Boncours besitzt. Die Tschchoslowakei ist neu ver-
treten durch Bierlinger. Außenminister Beneš ist nicht nach
Genf gekommen.

In seiner Eröffnungsansprache ließ Präsident
Laudon bereits voraussagen, wie der Verlauf der Tagung sein
wird. Er leitete seine Ausführungen mit den Worten ein, die
öffentliche Meinung solle sich keinen Illusionen hin-
geben und die Verhandlungen mit den interessierten Mächten seit
September hätten kein Ergebnis gebracht; das die Vor-
nahme einer zweiten Besetzung mit den schließlichen Enderfolg sehr
schon möglich erscheinen lasse. Wenn die öffentliche Meinung schließ-
lich mit Recht ungeduldig werde, müsse man sich doch sagen,
dass die Abrüstungsarbeiten nur Schritt für Schritt weiter-
kommen könnten. Da die Kommission es abgelehnt habe, den
ersten radikalen russischen Abrüstungsentwurf zu behandeln, müsse
sie sich diesmal mit dem zweiten russischen Entwurf und den
deutschen Vorschlägen über die Offenlegung der Rüstungen be-
fassen. Laudon schloß, er hoffe, daß man in dieser Tagung intensive,
aber auch schnellere Arbeit leisten werde.

Eine Erklärung Gibsons.

Das taktische Vorspiel für die Seeabrüstungsverhand-
lungen, die man in Genf erwartet, ist bereits durch eine Erklärung
des amerikanischen Delegierten Gibsons an die amerikanischen Presse-
vertreter eingeleitet. Gibsons erklärte, daß die Redungen, die bis
jetzt über Fühlungnahme und Pläne für die Seeabrüstung ver-
breitet seien, alles erstklassige Sensationen seien. Er
erwartete von Genf hauptsächlich, daß man in der vorbereitenden
Abrüstungskommission selbst vor allem diese Fragen gründlich be-
handele, wie es ja auch ihre Aufgabe sei. Er habe jedenfalls nicht
die Absicht, sich schon in acht Tagen wieder nach Amerika ein-
zuschiffen, sondern er erwarte bestimmt, daß er erst einmal die Ge-
legenheit benutzen könne, sich eingehend über alle strittigen
Fragen auszusprechen, vor allem selbstverständlich inner-
halb der Kommissionsberatungen.

Glückwünsche an Hugo Heimann.

Der Reichskanzler hat an den sozialdemokratischen Reichs-
tagsabgeordneten Hugo Heimann in Berlin zur Vollendung des
70. Lebensjahres nachstehendes Glückwunschkrieggramm gefandt:

„Es ist mir eine große Freude, Ihnen zu dem bedeutungssoollen
Lebensabschnitt, den Sie heute vollenden, zugleich im Namen der
Reichsregierung herzliche Glückwünsche zu übersenden. Im
Gedenken an die Verdienste, die Sie sich insbesondere auf dem, wie
ich aus eigener Erfahrung weiß, so wichtigen Posten des Vorsitzenden
des Reichshaushaltsausschusses erworben haben, spreche ich die Hoff-
nung aus, daß Ihnen noch viele Jahre fruchtbringender
politischer Tätigkeit beschieden sein mögen.“

In der heutigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses gedachte
der stellvertretende Vorsitzende Röckner in herzlichen Worten des
abwesenden Vorsitzenden Hugo Heimann, der heute seinen
liebzigsten Geburtstag feiert und sich in seiner bescheidenen
Art allen Glückwünschen durch seine Abwesenheit entzogen hat. Der
Ausschuh überbrachte ihm folgendes Telegramm:

„Die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Reichstages senden
ihrem hochverehrten Herrn Vorsitzenden aufrichtige Glückwünsche zum
siebzigsten Geburtstag. Sie gedenken in Dankbarkeit Ihrer hin-
gebenden Arbeit und Ihrer vorbildlichen objektiven Leitung der Ver-
handlungen im Haushaltsausschuh und wünschen, daß Sie Ihre ver-
dienstvolle Tätigkeit noch recht viele Jahre zum Wohle des deutschen
Volkes ausüben können. Im Auftrage Dr. Röckner.“

Bereits am Sonnabend haben die Genossen Crispian und
Stelling im Namen des Parteivorstandes und die Ge-
nossen Dr. Breitscheid und Dr. Herz im Namen des Vor-
standes der Reichstagsfraktion dem Genossen Heimann
persönlich ihre herzlichsten Glückwünsche und ihren Dank für seine
Arbeit im Interesse der Partei und der Fraktion ausgesprochen.

Die Reichstagsfraktion überreichte dem Jubilar eine silberne
Zigarettenkassette mit der Widmung: „Ihrem lieben Hugo Heimann
zum 70. Geburtstag in dankbarer Verehrung. Die sozialdemokratische
Reichstagsfraktion.“

Ebertstein und Hindenburgplakette.

Siedlungen nach den Reichspräsidenten.

Wörlitz, 15. April.

Die hiesige Schutzpolizei hat ihre beiden Siedlungen in
der Reichert- und in der Schwerinstraße nach den beiden deutschen
Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg benannt. Heute
morgen wurde zu Ehren der Reichspräsidenten in der Reichertstraße
im Vorgarten der Siedlung ein Friedrich-Ebert-Gedenk-
stein und in der Schwerinstraße eine Hindenburg-Plakette
feierlich eingeweiht. Zu der Feier waren u. a. als Vertreter der
preussischen Staatsregierung Polizeidirektor, Oberregierungsrat
von Spieken-Wiegnitz, ferner Vertreter des Landratsamts und der
kommunal- und Polizeibehörden erschienen. Oberregierungsrat
von Spieken hielt die Weiherede und überbrachte die Grüße des
preussischen Staatsministeriums und der Regierung in Weignitz und
betonte besonders das Pflichtbewußtsein der beiden ersten deutschen
Reichspräsidenten.

Militärfaschisten-Regierung ernannt.

Sieben Stabsoffiziere als Minister in Warschau!

Warschau, 15. April. (Eigenbericht.)

Am Sonntag ist unter der Führung des bisherigen Kultus-
ministers Swiatkisi endlich eine neue Regierung zustande ge-
kommen.

Das neue Kabinett stellt nach seiner ganzen Zusammensetzung
keinerlei Ansprüche auf eine Unterstützung durch das Parlament,
dessen Ohnmächtigkeit damit für alle Zukunft befestigt
sein dürfte. Nicht weniger als zwei Generale und fünf
Obersten, mit einer ausgesprochen militärisch-faschisti-
schen Einstellung, sind zu Ministern ernannt worden. Als
Außenminister fungiert Jaleski weiter, Kriegsminister bleibt
Tisjudski. Das Innenministerium hat der General Sklat-
kowski übernommen.

Die neue Scotland-Yard-Affäre.

Britische Kommunisten verwickelt.

London, 15. April. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit dem neuesten Polizeiskandal sind
jetzt zwei Beamte der politischen Polizei ihres Postens entzogen

Nach den Irrungen und Wirrungen.

Severing über die Aufgaben der Regierung.

Kiel, 15. April.

Reichsinnenminister Severing traf gestern vormit-
tag im Automobil von Flensburg, wo er der Volkshoch-
schule Harkiseefeld einen Besuch abgestattet hatte,
in Kiel ein. Bei der Ankunft an der Stadtgrenze bereicherte
ihm das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold einen herzlichen
Empfang. Der Minister begab sich sodann im Zuge des
Reichsbanners in das Gewerkschaftshaus, wo er in einer
Bezirkskonferenz der Sozialdemokrati-
schen Partei einen Vortrag über das Thema „Staat und
Wirtschaft“ hielt. Der Minister führte aus:

Die Provinz Schleswig-Holstein ist mehr als jeder andere Be-
zirk in den letzten Wochen der Lammelpfah außerordentlich poli-
tischer Leidenschaft gewesen. Politische Gruppen haben sich ein-
gebildet, mit Verfügungen an den Regierungspräsidenten und die
Landräte sowie andere beamtete Personen so etwas wie eine Art
Rebenregierung etablieren zu können. Eine sogenannte Nothilfe
hat sich organisiert und erlaubt, den preussischen Amtspersonen Vor-
schriften über ihre Amtstätigkeit zu machen. Man könnte geneigt
sein, diese Verfügungen als einen verfrühten oder verspäteten
Aprilscherz aufzufassen. Man kann sich jedoch leider nicht dazu
entschließen, wenn man die blutigen Vorgänge in Betracht zieht,
Vorgänge, die nur ihre Erklärung in einem gefeierten Machtbe-
wußtsein der Extremen von rechts und links finden.

Aber wer die Freiheit der Weimarer Verfassung
in Anspruch nimmt, sollte sich hüten, allzu ergiebigen Mißbrauch
mit dieser Freiheit zu treiben. Sonst könnte eine Einengung
der Freiheit der Verfassung, herbeigeführt auf verwaltungsrecht-
lichem Wege, eintreten und von dieser Einengung würden insbe-
sondere die Parteien betroffen werden die sich nicht dazu verstehen
können, haushälterischen Gebrauch mit der Freiheit der Verfassung
zu machen. Man muß auch den anderen Konzeptionen machen,
sonst ist diese Freiheit keine Freiheit mehr. Ich bin nach Schleswig-
Holstein gekommen, um mich an Ort und Stelle darüber zu infor-
mieren, ob besondere gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sind,
um solche Vorgänge, wie sie in der letzten Zeit sich ereignet haben,
ein für allemal unmöglich zu machen.

Ich bin kein Minister der Reaktion.

Aber ich möchte ein Minister für Freiheit und Ordnung sein. Denn
die Freiheit, die sich nicht mit den Grundsätzen staatsbürgerlicher
Ordnung in Einklang bringen läßt, ist keine Freiheit, sie ist ein
Mißbrauch der Freiheit. Wenn Nationalsozialisten und Kommu-
nisten geglaubt haben, daß sie die Provinz Schleswig-Holstein als
ihre Domäne in den letzten Monaten betrachten können, dann hat
der Empfang in Altona und heute morgen in Kiel gezeigt, daß
das ein Irrtum war. Wir sind da und wir werden, wenn es dar-
auf ankommt, den Extremen von rechts und links zeigen, daß
Schleswig-Holstein ein ungeeigneter Boden für nationalsozialistische
wie kommunistische Experimente ist.

Der Minister ging dann auf die

Vorgänge bei der Bildung der neuen Regierung

ein und sagte: Hätte ich vor einer Woche vor Ihnen reden müssen,
dann wäre ich vielleicht mit solchen Hoffnungen vor Sie getreten
mit der Erklärung, daß der Reichstag den rechten Weg zur Ver-
abschiedung des Etats gefunden habe. Aber ich bin nicht für Son-
ntag, den 7. April, sondern für Sonntag, den 14. April, verpflichtet

worden. Zwischen dem 7. und 14. April liegen Tage der Irrun-
gen und Wirrungen. Am Montag schien alles in Ordnung
zu sein. Da erschien plötzlich wieder als fliegender Holländer, als
Geisterschiff, der Panzerkreuzer A. Mir ist die Geschichte
dieses Panzerkreuzers jetzt allmählich zu einem Uebel geworden.
Aber wir müssen den Dingen, wie sie sich darstellen, ins Auge sehen,
und ich glaube, wir können froh sein, daß er nicht aufs neue die
Tätigkeit der Regierung und des Reichstags gerammt hat.

Ich halte nach wie vor den Bau des Panzerkreuzers für un-
zweckmäßig und im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reichs
für überflüssig. Nicht nur für überflüssig, sondern für schäd-
lich. Ich werde nicht aufhören, dieser meiner Meinung Aus-
druck zu verleihen.

Die Frage ist aber, ob der Panzerkreuzer A oder eine Rate
für ihn wichtiger ist als alles andere, was sonst noch in der
Politik vor sich geht. Wenn aber unser Kampf gegen die
überflüssigen und unzweckmäßigen Rüstungen die Regierungskoo-
alition zum Scheitern gebracht hätte, so wäre das ein großes Un-
glück für das deutsche Volk, ein Unglück für die deutsche
Wirtschaft geworden. Darum sind Nationalsozialisten und Kom-
munisten in der letzten Zeit großwahnsinnig geworden, weil sie
darauf spekulieren, daß im Reich eigentlich nur eine propparische
Regierung vorhanden sei und im Reichstag nur eine kümmerliche
Koalition, und daß es nur einer schnellen Hufarennatache bedürfe,
um mit Aussicht auf Erfolg Regierung und Reichstag zu über-
rennen. Das ganze Gerede über Diktatur hatte seinen
Endes seinen Grund darin, daß jeder fühlte, daß eine Regierung
mit fester parlamentarischer Basis nicht vorhanden sei. Kritische
Tage stehen uns noch bevor. Wenn die Arbeiten der Reparations-
sachverständigen für uns einen ungünstigen Verlauf nehmen, wird
das für manchen ein willkommenes Anlaß sein, jetzt den entschei-
denen Kampf gegen den äußeren Feind mit gleichzeitiger Reinigung
im Innern zu fordern. Ich hoffe, daß diese Regierung trotz al-
dem die Legislaturperiode aushalten wird.

Der Minister wandte sich hierauf dem Verhältnis des Reichs
zur Wirtschaft zu und machte längere Ausführungen über den
Konflikt in der Ruhrindustrie und über die Gründe, die
die Reichsregierung und ihn veranlaßt hätten, das Schiedsrichter-
amt zu übernehmen. Durch ihr Eingreifen habe die Reichsregie-
rung keineswegs dem Schlichtungswesen einen Stoß gegeben, denn
die Gewerkschaften waren selbst schon vor seinem Eingreifen damit
einstimmend, daß durch private Vereinbarungen der Arbeitsfriede
wiederhergestellt würde. Sein Schiedspruch selbst stelle das wirt-
schaftlich Ertragsbare und das sozial Erwünschte fest.

Der Minister schloß: Die Befürchtungen, daß die

Arbeitslosigkeit in Deutschland eine Dauererscheinung

bleiben würde, erwiesen sich schon heute als grundlos. Aber
rofig werde die Lage unseres Wirtschaftsmarktes noch lange nicht
sein. Wir haben ein Interesse daran, von den Beratungen der
Sachverständigen in Paris einen Urteilspruch zu erwarten, der
nicht allein die Gesamtleistung herabsetzt, sondern der uns auch in
den Stand setzt, unsere Reparationsverpflichtungen der einzelnen
Jahre ganz bedeutend zu kürzen. Verkürzung der Pro-
duktion und Erhöhung der Kaufkraft der Massen
sind unsere Ziele. Wenn uns eine Erleichterung um 500 Millionen
jährlich gewährt wird, dann sehe ich darin schon einen begrüß-
werten Schritt auf diesem Wege.



Prof. Cesar Chambrun.

Auf Einladung der Deutsch-französischen Gesellschaft spricht am
15. April Prof. Cesar Chambrun, das radikalsozialistische
Mitglied der französischen Kammer, über das Thema „Das
Parlament von heute und seine Aufgaben.“

worden. Sie werden, wie verlautet, beschuldigt, angebliche Staats-
geheimnisse nach Rußland durchsickern lassen zu haben.
Britische Kommunisten sollen dabei eine gewisse Rolle
gespielt haben. Man spricht davon, daß inzwischen bei zahlreichen eng-
lischen Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden
und der Führer der britischen Kommunisten im Polizeipräsidium
einem längeren Verhör unterzogen worden ist. Die Frage, ob ein
Hochverratsprozeß eingeleitet werden wird, soll vorläufig noch nicht
geklärt sein.

Mexiko-Putsch vor dem Ende.

Keine Gnade für die Anführer!

Mexiko-Stadt, 15. April. (Eigenbericht.)

Das Ende der Militärrevolte steht unmittelbar be-
vor. Inzwischen ist auch der Rebellengeneral Manzo auf ameri-
kanisches Gebiet geflüchtet. Er wurde in Abwesenheit zum
Tode verurteilt. Von Amerika aus hat Manzo der Regierung
die Unterwerfung von 6000 Anhängern der rebellierenden
Generale angeboten, falls für das Leben des zurzeit noch im So-
norstaat operierenden Generals Rabaites und seiner Offiziere
bestimmte Garantien geleistet werden. Die Regierung hat dieses
Ansuchen abgelehnt und bedingungslos Unterwerfung ge-
fordert. Sie erklärt gleichzeitig, daß für die Toten der Rebellen
die Urheber der Rebellion verantwortlich sind, während den ver-

fährten Mannschaften gegenüber mit größter Milde verfahren
würde.

Der am Sonntag von den rebellierenden Truppen auf Laco
unternommene Angriff wurde von den Regierungstruppen abge-
schlagen. Die Rebellen hatten 22 Tote und 37 Gefangene. Sie
befinden sich in voller Auflösung auf der Flucht nach dem Norden.

Hakenkreuz-Kaufbolde.

Sie sprengen Versammlungen in Bayern.

Rothenburg ob der Tauber, 15. April.

Während einer hier abgehaltenen öffentlichen Versam-
lung der Sozialdemokratischen Partei, an der auch
Nationalsozialisten teilnahmen, kam es zu schweren
Auseinandersetzungen. Die Gegner beworfen sich mit
Biergläsern und prügelten sich mit Stuhlbeinen. Im Verlaufe
weniger Minuten gab es eine Anzahl mehr oder weniger schwer
Verletzte. Schutzmannschaft und Genbarmerie räumten den
Saal und nahmen einige Verhaftungen vor.

Gemeindewahlen in Oberösterreich.

Sozialdemokratische Erfolge.

Wien, 15. April. (Eigenbericht.)

Die am Sonntag in Oberösterreich mit Ausnahme der
Hauptstadt erfolgten Gemeindewahlen brachten der So-
zialdemokratie nach den bisher vorliegenden Ergebnissen
insgesamt einen Gewinn von 140 Mandaten. In 34 Industrie-
gemeinden wurden 194 neue Sitze erobert, während in zehn
Landgemeinden 54 Mandate verloren gingen.

Frauentag in Wien.

Eine politische Rede Otto Bauers.

Wien, 15. April. (Eigenbericht.)

Am Sonntag fand in Wien wie im übrigen Oesterreich der
Frauentag statt. In Wien war der riesige Platz zwischen
Rathaus, Parlament und Burgtheater von Menschen dicht besetzt.
Erst sprach Adelheid Popp; dann nahm, lebhaft begrüßt,
Marie Juchacz-Berlin das Wort. Ihr folgte Dr. Otto
Bauer, der u. a. sagte:

„Wir haben gesehen, wie die mächtige Regierung Seipel an
der Macht der Arbeiterklasse scheitern mußte. Diese Regierung
dachte herausfordernd, mit dem Sozialismus nicht rechnen zu
brauchen und über die Bedürfnisse der Arbeiterklasse hinweggehen
zu können. Wir verlangen eine Regierung nicht nur mit einem
neuen Namen, sondern eine Regierung mit einem neuen Kurs
und einem neuen Geist, die als ihre erste Pflicht die Einführung
der Alters- und Invalidenversicherung ansieht.“

Liebesdrama im Irrenhaus. Die Wirtschaftsführerin erschießt einen Arzt.

In der Irrenanstalt Irsee bei Kaufbeuren (Schwaben) hat sich ein blutiges Liebesdrama abgespielt. Die 33jährige ledige Wirtschaftsführerin Maria Schegg schoß den 36jährigen ledigen Arzt Dr. Wilhelm Kutter durch einen Schuß ins Herz nieder. Der Arzt war vertretungsweise seit Jahren in der Anstalt tätig, und die beiden kannten sich schon seit längerer Zeit. Obwohl ein Verhältnis nicht bestand, scheint sich die Schegg in den Kopf gesetzt zu haben, den Arzt heiraten zu wollen. Am Sonntag nachmittag hatte sie eine mehrstündige Unterredung mit ihm. Bald darauf ereignete sich die Tat. Herbeigeeilte Anfallsbeamte ergriffen die Täterin und nahmen ihr die Waffe ab. Durch Polizeibeamte wurde sie sodann ins Gefängnis nach Kaufbeuren gebracht. Der Arzt stammt aus Memmingen.

Bier Tote durch einen Irren. Er mordete seine Familie.

In dem kleinen Städtchen Maidstone (England) ist eine viertköpfige Familie einem Wahnsinnsanfall des Vaters zum Opfer gefallen. Ein Junge, der am Morgen seinen Freund zur Schule abholen wollte, erhielt auf mehrfaches Klopfen keine Antwort und benachrichtigte die Polizei. Diese öffnete mit Gewalt das Haus und fand die Eltern und zwei Kinder in ihrem Blut liegend tot vor. Es ist anzunehmen, daß der Vater plötzlich den Verstand verlor und dann seine Frau, seine Kinder und schließlich sich selbst umgebracht hat.

Zwei Arbeiter verbrüht. Ein schwerer Unfall am Kaiserdamm.

In der Messehalle II am Kaiserdamm in Bielefeld, in der zurzeit die Aufbauarbeiten für die demnächst stattfindende Ausstellung „Gas und Wasser“ voll im Gange sind, ereignete sich am Sonntagabend ein schwerer Unfall.

Dort waren der 50jährige Schlossermeister Schäfer und sein 24jähriger Gefelle Ehrenburger mit Montagearbeiten an einem Gasbackofen beschäftigt. Aus noch ungeklärter Ursache platzte ein Dampfrohr, und beide Handwerker wurden durch die herausströmenden Dampfmassen am Kopf schwer verbrüht. Die Verwundeten wurden durch die zur Hilfe gerufene Feuerwehr ins Hildegard-Krankenhaus übergeführt.

Ein anderer schwerer Arbeitsunfall trug sich heute früh auf einem Neubau in der Riemerstraße in Zehlendorf zu. Beim Zementtragen stürzte der 60jährige Arbeiter Wilhelm Freibier die Kellertreppe hinunter, wo er mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos liegen blieb. F. fand Aufnahme im Zehlendorfer Hindenburg-Krankenhaus.

Die Räuberin in Männerkleidung. Ein Überfall am Bücherplatz.

In der Verkleidung eines jungen Burschen versuchte gestern nacht die 23 Jahre alte Gerda Kemnit aus der Köpenicker Straße einen Handtaschenraub.

Die Kemnit war früher bei einer Frau Frieda S. aus der Türbringerstraße in Stellung. Frau S. betreibt am Bücherplatz eine Erfrischungshalle. Weil sie etwas ängstlich ist, läßt sie sich regelmäßig von ihrer Hausangestellten abholen. Bis vor 8 Tagen hatte das noch die Kemnit besorgt, war aber inzwischen entlassen worden. Als Frau S. gestern mit ihrem neuen Mädchen heimkehrte, und die Haustür aufschließen wollte, stand die R. wartend in einer Nische. Plötzlich sprang sie aus ihrem Versteck hervor, warf den beiden Frauen Pfeffer ins Gesicht und entriß Frau S. die Tasche mit 250 Mark. Auf die Hilferufe der Frauen, die von dem Pfeffer nur wenig in die Augen bekommen hatten, nahmen Passanten und Schupobeamte die Verfolgung des vermeintlichen jungen Burschen auf, holten ihn ein und brachten ihn zur Wache. Hier sah man mit Erstaunen, daß es ein Mädchen war. Gerda K. hatte sich ein Paar Mannshosen angezogen und die Verkleidung mit einem Sweater vervollständigt. Darüber trug sie einen blauen Mantel und eine Mütze. Sie hoffte, was ihr ja auch gelang, daß Frau S. sie in der Maschierung nicht erkennen würde.

Das Geld wurde noch bei ihr gefunden und der Bestohlenen zurückgegeben.

Stolbergs Haftbeschwerde abgelehnt.

Aus Hirschberg wird gemeldet: Die vom Verteidiger des Grafen Christian Friedrich Stolberg eingelegte Haftbeschwerde ist von der Beschlussschammer des Hirschberger Landgerichts abgelehnt worden. Christian Friedrich bleibt also weiter in Haft.

Nächtlicher Dachstuhlbrand.

Menschen in Lebensgefahr. — Schwerer Sachschaden.

Durch ein nächtliches Großfeuer wurde in der vergangenen Nacht der Dachstuhl des Vorder- und Hinterhauses Holzmarktstraße 59 im Osten Berlins zerstört. Die Flammen griffen auf die im 4. Stockwerk gelegenen Wohnungen über und mehrere Mieter, die in höchster Gefahr schwebten, konnten sich nur noch im letzten Augenblick in Sicherheit bringen.

Das Feuer wurde wenige Minuten vor 1/2 Uhr bemerkt, als bereits der größte Teil des Vorderhausdachstuhles lichterloh brannte. Als die Feuerwehr zunächst mit drei Zügen anrückte, bildete der Dachstuhl des Vorderhauses, sowie des angrenzenden Hinterhausflügels ein gewaltiges Feuermeer. Ein Funtenregen stob nach allen Seiten auseinander und brachte auch die Dächer der umliegenden Häuser in Gefahr. An mehreren Stellen wüdete das Feuer mit solcher Gewalt, daß die Decken zu den Wohnungen in der vierten Etage durchbrannten und teilweise brennend zusammenstürzten. Die aus mehreren Köpfen bestehende Familie war im Schlaf vom Feuer überrascht worden; obgleich ein Teil des Mobiliars schon brannte, gelang es allen, die Treppe zu erreichen und ins Freie zu eilen.

Die Löscharbeiten gestalteten sich wegen der großen Hitze und des Qualms sehr schwierig. Acht Schlauchleitungen mußten in Tätigkeit gesetzt werden und erst um 4 Uhr früh war die Gewalt des Feuers gebrochen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten noch stundenlang. Als Entstehungsursache wird fahrlässige Brandstiftung vermutet. Die Kriminalpolizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Der Raubmord bei Lübars.

Er erschlug den Wandergenossen wegen seiner Ausweispapiere.

Das Schwurgericht III, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Friedmann, hat sich heute mit einem Mordfall zu beschäftigen, der fernerzeit wegen des geheimnisvollen Dunkels, in das die Tat selbst, der Täter und die Person des Opfers gehüllt waren, großes Aufsehen erregte.

In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober 1928 wurde bei der Landstraße zwischen Blankenburg und Lübars die Leiche eines Mannes entdeckt, bei der man keine Ausweispapiere fand. Offenbar lag ein Mord vor, denn das Opfer hatte einen Riemen um den Hals geschnürt, und die Kehle war bis auf den Halswirbel durchgeschnitten. Erst nach einiger Zeit wurde der Täter in der Person des Kuhmellers Konstantin Becker, der bei einem Landwirt in der Nähe Hamburgs in Arbeit war, ermittelt. Becker hatte sich heute wegen dieses Kapitalverbrechens vor den Geschworenen zu verantworten. Er ist ein blonder, harmlos aussehender junger Mann von etwa 25 Jahren. Der Ermordete ist als der Maler Paul Michalzik inzwischen ermittelt worden. Der Angeklagte hatte ursprünglich offen eingestanden, die Tat mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, in der heutigen Verhandlung aber suchte er dieses Geständnis dahin einzuschränken, daß er nicht die Absicht gehabt habe, seinen Wandergenossen zu töten. Der Angeklagte war als Kuhmeller bei einem Landwirt in der Neumark in Arbeit gewesen und hatte sich einen Vorschuß geben lassen. Zur Sicherheit hatte sein Arbeitgeber die Papiere einbehalten. Becker wollte die Schulden aber nicht abbezahlen und lief davon. Unterwegs lernte er auf der Straße Michalzik kennen, mit dem er weiterwanderte. Beide stahlen bei günstiger Gelegenheit ein Rad, auf dem sie abwechselnd fuhren. Becker erfuhr, daß sein Wandergenosse mit falschen Papieren reise, die auf den Namen „Allegander“ lauteten. Er sagte sich, daß er selbst ohne Papiere nirgend Arbeit finden würde und beschloß deshalb, seinem Reisegefährten die Papiere wegzunehmen. Auf den Vorhalt des Vorjehenden, daß Michalzik, der stärker war, sich die Papiere doch nicht freiwillig weg-

nehmen ließe, erwiderte der Angeklagte, daß er ihn nur habe bewußtlos machen wollen. Kurz vor Lübars lenkte Becker seinen Gefährten zur Ausführung seines Planes an eine einsame Stelle. Neben ihm hergehend, warf er ihm plötzlich einen Riemen um den Hals, den er zuzog. Beide fielen bei dem Ringkampf zu Boden. Becker schlug den Kopf seines Opfers mehrfach auf die Steine, bis er glaubte, daß Michalzik bewußtlos sei. Dann zog er ihm die Jacke aus, in der die Papiere waren. Als er das Rad beiseite bringen wollte, sah er, daß R. sich wieder aufgerichtet hatte. Er drückte nun den Kopf des Opfers zu Boden und versetzte ihm, wie er jetzt sagt, eine Anzahl Stiche in den Hals. In Wirklichkeit schloß er ihm die Kehle durch. In ruhiger Tone gestand der Angeklagte weiter ein: „Mein Wandergefährte röchelte noch, als ich mich auf das Rad schwang und davonfuhr.“ Ueber Berlin ist der Angeklagte dann nach Hamburg gefahren und hat dort Arbeit gefunden, bis er verhaftet wurde. Neben dem Landwirt, seinem ersten Arbeitgeber, waren als Zeugen nur zwei Schwestern und zwei Brüder des Angeklagten geladen worden. Die Schwestern wollten keine Aussage machen. Die beiden Brüder, die einen guten Eindruck machten, konnten sich die Tat des Angeklagten nicht erklären. Der Vater ist ein ordentlicher Mann, die Mutter war allerdings etwas leichtsinnig.

Der Staatsanwalt nahm an, daß der Angeklagte bei der Ausführung Ueberlegung gehabt habe. Als er dann aber mit seinem Opfer kämpfte, packte ihn die Erregung. Es lasse sich daher nicht feststellen, ob er noch die volle Ueberlegung gehabt habe, als er den tödlichen Halschnitt seinem Opfer beibrachte. Nach dem Gutachten von Geheimrat Dr. Straßmann ist der Angeklagte ein Mensch, dem moralische Vorstellungen fehlen und der leicht in Erregung gerät. Der Staatsanwalt nahm daher im Gegensatz zur Anklage an Stelle von Mord nur schweren Raub mit Todeserfolg an und beantragte 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Wohlfahrtspflege eine Aufgabe der Stadt. Gegen Herrschgelüste der freien Wohlfahrtspflege.

In der kommunalpolitischen Vortragsreihe der Arbeiterbildungsschule und des kommunalen Sekretariats sprach am Sonntag die Stadtverordnete Genossin Todenhagen über Allgemeine Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin.

An dem organisatorischen Aufbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege, den die Zeit nach dem Kriege uns brachte, fällt die Hineinziehung der freien Wohlfahrtspflege auf. Damals zwangen Mangel und Not dazu, daß die öffentliche Wohlfahrtspflege mit der freien zusammen arbeitete. Zur Verteilung der aus dem Ausland kommenden Spenden erstand der Zentralausschuß für Auslandshilfe, dem Vertreter von Behörden und von Vereinen angehören mußten. Auch bei der Ausschüttung von Reichsmitteln für die Wohlfahrtspflege (z. B. für die Kleinrentnerfürsorge usw.) wurde verlangt, daß die kommunalen Behörden besondere Ausschüsse schufen, zu denen Vertreter der Vereine hinzugezogen werden mußten. Bei der später folgenden gesetzlichen Einordnung der freien Wohlfahrtspflege in die öffentliche wurde Wahrung der Selbständigkeit vorausgesetzt und gegenseitige Förderung erwartet, aber sehr oft kam es zu Kämpfen um die Führung. In Berlin sehen wir z. B. die Versuche, durch den Verein Wohlfahrtspflege die städtische Volksspeisung „überflüssig“ zu machen. Ähnliches erlebt man bei jeder neuen Ausgabe, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege zufällt. Für die in den letzten Jahren ausgebauten Straßenkassenfürsorge besteht bei der Zentrale eine Arbeitsgemeinschaft der öffent-

lichen und der freien Wohlfahrtspflege. Dem alten Verein zur Besserung der entlassenen Strafgefangenen, der übrigens diese Arbeit jetzt nach fortgeschrittenen Grundfähigkeiten treibt, gibt die Stadt den größten Teil der nötigen Geldmittel. Schon seit Jahren haben die Sozialdemokraten verlangt, ihn ganz zu verstaatlichen. Das Bestreben der freien Wohlfahrtspflege, sich an die Spitze zu stellen, tritt stark bei der vor mehreren Jahren geschaffenen sozialen Gerichtshilfe hervor. Sie will erwachsenen Straffälligen dienen und durch Erforschung ihrer Persönlichkeit dem Gericht ermöglichen, diese bei der Urteilsfindung gebührend zu berücksichtigen. Die freie Wohlfahrtspflege wollte, um hier die Führung an sich bringen zu können, die zunächst an die Jugendämter angegliederte soziale Gerichtshilfe aus der städtischen Arbeit herausgenommen sehen. Sie schlug Uebertragung an einen besonderen Ausschuß vor, in dem die städtische Verwaltung nichts bedeuten hätte. Die Sozialdemokraten haben an dem Gedanken festgehalten und ihn durchgesetzt, daß die soziale Gerichtshilfe eine Aufgabe der Stadt bleiben muß. Einem besonderen Ausschuß, der danach bei der Wohlfahrtsdeputation geschaffen wurde, ist diese Arbeit übertragen. Gut fährt die freie Wohlfahrtspflege bei der Verteilung der dem Justizminister zur Verfügung stehenden Mittel für Gefangenenernährung und Gerichtshilfe. Sie sollen billigerweise der Stadt überwiesen werden, der Minister gibt sie aber dem Reichsvereinverband der Wohlfahrtsvereine (dem die Arbeiterwohlfahrt nicht angehört).

Die Vortragende erörterte dann die verwaltungstechnische Reform des Berliner Wohlfahrtswesens. In den zur Einheitsgemeinde zusammengeführten Einzelbezirken muß Einheitlichkeit erreicht werden. Als zweckmäßig gilt Bearbeitung des Wohlfahrtswesens durch sachlich geschulte Beamte, doch fehlt es auch nicht an Widerspruch gegen dieses System. Irrig ist aber die Annahme, daß dabei die Wohlfahrtskommissionen abgebaut werden sollen. Sie sollen nach wie vor sich an der Prüfung von Unterstützungsfällen beteiligen und auch das Bewilligungsrecht haben.

Von den Leistungen der städtischen Wohlfahrtspflege reden die Zahlen des Stadthaushalts. Die Ausgaben der Wohlfahrtsverwaltung betragen für 1927 143 Millionen, für 1928 186 Millionen, für 1929 204 Millionen (im Voranschlag). Das bedeutet sehr erhebliche Steigerungen. Deutschnationale tadeln das schon als „übertriebene“ Fürsorge, die Kommunisten aber schelten, es sei viel zu wenig. Ja, man möchte noch sehr viel mehr tun! Aber niemand weiß, woher die dann mehr erforderlichen Millionen kommen sollen. In 1928 wurden allein für Unterstufungen 46 Millionen Mark ausgegeben. Daran waren beteiligt 176 000 laufend unterstützte Hauptunterstützungsempfänger und 73 000 Zusatzunterstützungsempfänger. Zur Unterstützungshöhe stellte die Vortragende fest, daß die Richtsätze nicht Höchstsätze sein sollen, sondern über sie noch hinausgegangen werden kann. Den Sozialrentnern ist die Erhöhung ihrer Rente (die man ihnen anrechnet) durch Erhöhung der Richtsätze abgegolten. Zu den Unterstufungen kommen ergänzende Leistungen, vor allem die Winterbeihilfe. Neu ist die Stedlungsfürsorge, die Gewährung von Beihilfen (1000 bis 2000 Mark) an Schwerbeschädigte, die sich ansiedeln wollen. Das die Notstandsarbeiten jetzt als Arbeitsfürsorge gelten, findet nicht den Beifall der Kommunisten. Zweck dieser Maßnahme ist, die seit langem arbeitslosen Arbeiter wieder in die Arbeitslosenversicherung zu bringen. Härten abzuwehren werden die Beiräte sich bemühen, in denen Vertreter der Gewerkschaften sitzen. Das Obdach ist reformiert worden. Die Durchführung hat bisher 4,5 Millionen gekostet.

Die Behauptung der Kommunisten, beim Haushalt der Wohlfahrtspflege habe man diesmal 17 Millionen gestrichen, ist — das hob Genossin Todenhagen hervor — falsch. Gewiß, die Ausgabenbemessung hat sich in den Grenzen des Möglichen halten müssen, aber das unbedingt Nötigste, wie in den Vorjahren, getan worden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben manchen Kampf um die Wohlfahrtspflege zu führen gehabt. Sie haben diesem Gebiet kommunaler Arbeit stets ihre besondere Sorge zugewendet. (Lebhafter Beifall.)



Die Ruine als Stütze.

Dieser Mauerrest, von einem Gebäude übriggeblieben, verunziert seit Jahr und Tag die Ecke Neue Roh- und Wallstraße. Weil sie das danebenliegende Haus stützen soll, wird diese Mauer jedoch nicht abgerissen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. und 2. Mitteilung. Der für heute angekündigte Parteitag wird aus und findet erst am Montag, dem 22. Okt. statt. Nähere Mitteilung erfolgt nach.

Erregte Premiere.

Die Studio-Aufführung „Josef“ in der Volksbühne.

Als der Vorhang über der Zeittragödie „Josef“ gefallen war und begeistert Beifall die Darsteller immer wieder vor die Rampe rief, erschien mit allen Zeichen der Empörung und Aufregung die Verfasserin Eleonore Kalkowska und legte in flammenden Worten Verwahrung gegen die Form der Aufführung ein. Man habe gegen ihren Willen 1 1/2 Szenen gestrichen, die überaus wichtig seien. Darauf erhob sich im Zuschauerraum ein ungeheurer Lärm mit Rede und Widerrede. Ein eigenartiger Vorgang, daß ein Dichter am Schluß einer erfolgreichen Vorstellung gegen sie Protest einlegt. Auf die inneren Gründe des Vorfalles wird noch eingegangen werden.

Die Mittagsveranstaltung der Volksbühne fand unter dem Protektorat der „Liga für Menschenrechte“ statt. „Josef“ ist die Dramatisierung des Falles Jakobowski, des russischen Landarbeiters, der im Jahre 1926 in Mecklenburg-Strelitz unschuldig hingerichtet worden ist. Die Eleonore Kalkowska angibt, stellt das Stück einen Versuch dichterischer Reportage dar. Sie stellt also die traurigen Vorgänge, die zur Verurteilung des armen Russen geführt haben, mit allen Einzelheiten auf. Man muß schon sagen, mit zuviel Einzelheiten. Sie greift sehr weit zurück; das Drama beginnt, als der kleine Ewald Rogens, dessen Tod Jakobowski den Kopf kostete, noch gar nicht auf der Welt ist. Josef, der ehemalige russische Kriegsgefangene, glaubt in dem ostpreussischen Dorf eine neue Heimat gefunden zu haben. Er glaubt es, obwohl er von seinen deutschen Arbeitskameraden wie der letzte Auswurf der Menschen behandelt wird. Für sie ist er das dreifache polnische Schwein, das nicht in ihre Reihen gehört. Er aber bringt eine rührende Anhänglichkeit für jeden auf, der ihm einmal ein gutes Wort gegeben hat. Er glaubt an Deutschland und an Deutschlands höhere Kultur. Dieser reine Kinder glaube wird ihm zum Verhängnis. In der felsenfesten Ueberzeugung seiner Unschuld führt er die Verteidigung nicht mit der Hartnäckigkeit und Ueberzeugungskraft, die bei der Leichtfertigkeit der mecklenburgischen Justiz nötig gewesen wäre. Das Drama endet mit dem Gang des armen Delinquenten zum Richtplatz.

Das Stück der Kalkowska ist eine Tat, weil die Gleichgültigen aufgerüttelt werden, weil dieser schändliche Fall von neuem gegen die grausamen Methoden der Justizmaschine aufgebeht, weil das Verbrechen der Todesstrafe wieder angeprangert wird. „Josef“ ist eine Reportage, aber eine schlechte. Unwesentliche Umstände des wirklichen Tatbestandes sind mit behaglicher Breite, wesentliche nur gestreift angeführt. Ob das Stück eine dichterische Reportage darstellt, ist zweifelhaft. Bei der Kalkowska ist Josef ein literarisch guter Mensch ohne Fehler, seine Gegenspieler sind alle gemeine Schurke. Das ist eine zu primitive Auffassung dichterischer Gestaltung, die um jeden Preis der Tendenz zum Siege verfallen will. Wenn das Drama einen Sturm der Begeisterung in der Aufführung der Volksbühne erfahren hat, so hat das Verdienst

daran Ernst Karchow, der Darsteller des Josef. Er haucht der papiernen Rolle echtes Leben ein und umgibt sie mit einer Innerlichkeit, die erschütternd ist. Er ist ein großes vertrauensvolles Kind, die ergreifende Verkörperung der Bescheidenheit und der Güte. Auch die übrigen Darsteller sind mit ganzer Seele bei der Sache: Dora Gerson, Fränze Koloff, Grete Bäck, Sigmund Runberg, Ernst Ginsberg, Adolf Ranz. Die Regie des Alfred Trostler hat die 21 langatmigen Bilder der Zeittragödie so belebt, daß im Zuschauerraum innere Anteilnahme erweckt wird, die sich in Zurufen äußert.

Der einzige Vorwurf, den man dem Regisseur der Studio-Aufführung machen könnte, besteht darin, daß er nicht mehr gestrafft, d. h. nicht mehr gestrichen hat. Um so unverständlicher, daß die Autorin vor die Rampe tritt und im Namen aller unterdrückten Dichter gegen die Vergewaltigung ihres Stücks Einspruch erhebt. Die 1 1/2 Szenen, um deren Verlust sie trauerte, sind nach ihrer Meinung das Wertvollste am ganzen Drama. Auf vielfache Anforderungen aus dem Zuschauerkreis konnte sie sich nicht dazu verstehen, den Inhalt der weggelassenen Szenen anzugeben. Man erklärte sich schließlich dazu bereit, sie anschließend zu spielen, worauf sich wiederum Widerspruch regte. Aus dem Zusammenhang heraus könne man diese Bilder kaum verstehen. Die Kalkowska nahm aber nicht Gelegenheit, zu erklären, daß es sich um die Schlüsselszenen handelte. Der Krach, bei dem der Vorhang auf- und niederging, bei dem Piscator erschien und die aufgeregte Autorin endlich mit der Zusage beruhigte, die Szenen würden nun doch gespielt, war für manche Zuschauer ein erwünschter Anlaß, gegen die Leitung der Volksbühne zu tanzen, die für eine Studio-Aufführung ja nur eine sehr bedingte Verantwortung trägt. Als bei dem wirren Hin und Her jemand den Vorschlag machte, die würdige Veranstaltung nicht durch einen unwürdigen Krach zu distanzieren und lieber in einer Wiederholungsaufführung das Stück ungetrübt zu geben, siegte endlich die Vernunft. Es gibt zu denken, daß eine Dichterin für eine große Sache zu kämpfen vorgibt und in hysterischen Schreien ihr Wert für wichtiger hält als das, worum es ihr angeblich geht.

Ernst Degner.

Die Volksbühne teilt mit: Die Sonntagsaufführung des „Joseph“ von Eleonore Kalkowska im Theater am Bülowplatz war keine Veranstaltung der Volksbühne. Sie ging vielmehr aus von der Schauspielergesellschaft des Theaters am Bülowplatz, die sich zu einer Studiogemeinschaft zusammengeschlossen hatte und das Stück unter dem Protektorat der Liga für Menschenrechte zur Aufführung brachte. Von der Volksbühne wurde den Schauspielern lediglich das Haus zur Verfügung gestellt. Weder die Leitung der Volksbühne E. L., noch die Direktion des Theaters hat auf die Art der Inszenierung den geringsten Einfluß ausgeübt.

Zum Rücktritt Dr. Hagemanns.

Probleme der Berliner Funkstunde.

Die Berliner Funkstunde teilt offiziell mit, daß ihr Intendant Dr. Carl Hagemann aus rein persönlichen Gründen zurückgetreten ist. Handelt es sich nur um persönliche Gründe?

Ein Eindruck bleibt haften: Doktor Wildes Einakter „Salome“ in der Inszenierung Hagemanns. Selten ist so nüanciert, klug und farbig im Berliner Rundfunk gesprochen worden, selten kam der Schauspieler Alfred Braun, der in letzter Stunde den „Herodes“ übernommen hatte, einem großen Künstler so nahe. Alle beliebten Mädchen waren verschwunden. Die Aufführung blieb eine Leistung, die außerordentlich hohes künstlerisches Niveau zeigt.

Hagemann hat gute Bücher über den Schauspieler und den Regisseur geschrieben, er ist selbst in Hamburg und in Wiesbaden als Regisseur hervorgetreten, der den Durchschnitt überragte, und er hat mit den wenigen Inszenierungen, die er im Berliner Rundfunk herausbrachte, sich auch als Rundfunkregisseur von großem Können erwiesen, jedenfalls als ein Regisseur, wie ihn Berlin bis dahin nicht gehabt hat. Warum trat er aber so selten in diese Eigenschaft vor die Öffentlichkeit?

Man erzählt sich allerlei. Man sagt u. a., das Hagemann in der Berliner Funkstunde Verträge vorfand, gegen die er nicht ankämpfen konnte und die seine Tätigkeit darauf beschränkten, nur Sänger und Schauspieler auf ihre Eignung für den Rundfunk hin zu prüfen. Man sagt es, und vielleicht ist es sogar wahr. Es ist verwunderlich, daß auch während der Ära Hagemann Alfred Braun vom Puffspiel bis zum großen Drama fast ausschließlich allein inszenierte und daß vor allem der Intendant nicht ein einziges Mal Gelegenheit hatte, in einem Hörspiel sein Talent zu beweisen. Aus den wenigen Inszenierungen Hagemanns ist eins zu erleben, der Intendant war ein viel größerer Künstler als Alfred Braun, der Liebling der Berliner. Tatsächlich müßten hier wohl Verträge vorgelegen haben, die den Herren Braun und Bronsgeest besondere Vorrechte einräumten.

Es wird von zwölfwährigen Verträgen gesprochen, die fühne Männer in einer Zeit, als man den Rundfunk noch mild belächelte, in kluger Voraussicht der Zukunft abgeschlossen haben. Bis zum September 1927 ging es im Berliner Rundfunk recht und schlecht auch ohne einen Intendanten. Auf Anträge der Presse hin wurde dann die neue Stelle eingerichtet. Was nützen aber die schönste Stellung, der prächtigste Titel und die herrlichsten Reden, wenn dahinter keine Macht steht, und diese Machtbefugnis scheint dem Berliner Rundfunkintendanten gefehlt zu haben.

In der Besetzung der Schauspieler und der Opern, trat kein Wandel ein, die alten Favoriten und Betagten des Rundfunks unterhielten unentwegt weiter das Publikum. Wie gefügt, der Intendant war in mehr als einer Beziehung wohl nichts weiter als eine dekorative Figur, über die aber alle Vorwürfe, die eigentlich andere Herren treffen mußten, ausgeschüttet wurden. Allerdings ist der Intendant in einer Beziehung immerhin ausschlaggebend gewesen: nämlich in der Gestaltung des Programms. Seit einem halben Jahr steht der Berliner Sender im Zeichen des sogenannten Kurzprogramms, das wohl bisher wenig zur Freude der Hörerschaft beigetragen hat. Wo sind beispielsweise die schönen Konzerte geblieben?

Hier darf eines allerdings nicht verkannt werden: man steht im Anfang, man tastet noch. Vielleicht hätte Hagemann im Laufe der Zeit eine einigermaßen befriedigende Lösung gefunden. Deutsch muß hier einmal gesagt werden, daß die sogenannten Abendunterhaltungen, also die Erfindungen Hagemanns, von wenigen Aus-

nahmen abgesehen, völlig unzureichend sind. Entweder versinken sie in Kitsch und Albernheiten, oder sie dienen Literaturjünglingen als geeignete Tribüne, um sich auszuschütten zu können. Damit sind selbstverständlich nicht Döblin oder andere ernstzunehmende Künstler gemeint. Wie weit übrigens hierbei Hagemann verantwortlich war, oder wie weit andere Leute mit ihren Fingern den Brei zusammenrührten, ist bei dem tiefen Geheimnis, das den Betrieb der Funkstunde umgibt, nicht festzustellen.

In einer Pressebesprechung vor einiger Zeit in der Berliner Funkstunde erklärte Dr. Hagemann, daß er den ersten Willen habe, das kulturelle Niveau des Rundfunks zu heben. Man weiß nun aber tatsächlich nicht, worin diese kulturelle Hebung bestanden hat.

Die „Dialoge der Weltliteratur“ sind das einzige positive Ergebnis und selbst diese Dialoge bedeuten ein Donnergelächter, denn wie viele Hörer interessieren sich dafür, und wie viele dieser Dialoge sind überhaupt noch für die Gegenwart von irgendwelchem Wert?

Eine andere Neuerung unter Hagemann sind die Unterhaltungen zwischen Kritiker und Künstler, die wirklich Ergebnisse zeitigen könnten, wenn sich die beiden Partner nicht zu gern in Großaufnahmen sehen möchten. Es geht nicht an, daß Brillantfeuerwerke von Geist losgelassen werden und daß darüber die Tatsachen in Vergessenheit geraten. Ein energischer Intendant könnte selbst einen so gemäßigten Mann wie Alfred Kerr in seine Schranken zurückweisen.

Die Persönlichkeit Hagemanns ist im Rundfunk eben problematisch geblieben. Vielleicht hat sie nicht die Energie gehabt, sich durchzusetzen, vielleicht gehörte sie zu jenen Naturen, die viel wollen und wenig erreichen. Dagegen spricht aber eigentlich der Erfolg Hagemanns als Bühnenmann. Wahrscheinlich bleibt es, daß der Intendant bestehende Verträge an der Entfaltung seiner Persönlichkeit behindert haben, und es zeigt von Charakter, daß ein Mann, der Verdienste sein eigen nennt, und der einen Namen zu verlieren hat, in dem Augenblick von seinem Posten zurücktritt, in dem er erkennt, daß er nichts weiter ist, als eine dekorative Figur.

Wer wird der neue Mann werden? Hoffentlich einer, der Mittel und Wege findet, Urbelstände bei der Funkstunde zu beseitigen, und den Berliner Rundfunk tatsächlich zu einem Organ des Volkes zu machen. Man darf niemals vergessen, daß das größte Kontingent der Hörer sich aus der werktätigen Bevölkerung zusammensetzt. Der neue Mann darf sich nicht beirren lassen in dem Glauben: der Rundfunk gehört dem Volk. Aus diesem Gesichtspunkt allein ist das Programm zu gestalten. Hagemann hat es nicht gekonnt. Als anfänglicher Mensch ist er freiwillig gegangen. Jeder neue Intendant, der sich nicht nach den Bedürfnissen des Volkes richtet, ist entschieden abzulehnen. Mag er, wenn es ihm Spaß macht, ein Theater am Kurfürstendamm aufmachen. Aber er gehört nicht in den Rundfunk. Es ist Zeit, daß eine klare Entscheidung fällt.

Felix Scherzer.

Krjer gegen Eichberg.

Der neue Eichberg-Film „Geistlichschmeitzling“ wird mit folgender Bezeichnung vertrieben: „Frei nach einer Fämncke von Hans Krjer. Drehbuch von Artur Lory.“ Hans Krjer hat gegen die Verbindung seines Namens mit diesem Film, die seinen literarischen Ruf schädigt und Publikum wie Presse irreführt, durch den Schutzverband deutscher Schriftsteller gerichtliche Schritte gegen die Eichberg-Film G. m. b. H. eingeleitet.

Bruno Walters Abschied.

„Orpheus“ und „Fidelio“.

Nach der großen Leonoren-Duettüre brach ein Sturm des Jubels, der hingerissenen Dankbarkeit aus, minutenlang tobte, raste es in dem verdunkelten Haus, vor dem der also Geseierte sich immer wieder, gleichsam hilflos, vom Pult aus verneigte; es war ein Elementarereignis, überwältigend, unbeschreiblich — ich bekenne, nie dergleichen erlebt zu haben. Man erinnert sich, wie früher und sonstwo Theaterabschiede gemacht wurden; die Bühne ein Blumenparadies, und draußen auf der Straße, die Pferde, die geduldig darauf warteten, ausgespannt zu werden. Nichts davon an diesem Abend, kein Strohschnee, kein Kullissenrummel; sozusagen nur ein sachlicher Akt und menschlicher Vorgang. Zum Schluß immer wieder Hervorrufe ohne Parteit und Ränge rührten sich nicht von der Stelle. Endlich spricht Bruno Walter. In die andächtige Stille, die eintritt, spricht er mit leiser, beherrschter Stimme Worte tiefster Ergriffenheit, kurze Worte des Abschieds, des Dankes, des Rückblicks. „Diese Atmosphäre begeisterter Kunstgebens und begeisterter Kunstnehmens wird mir . . .“ Begeisterung des Gebens und Empfangens — er hat damit das Geheimnis der Wirkung ausgesprochen, die in einzigartiger Weise von seinem Künstlertum ausgeht und im Hause der Städtischen Oper, wie oft in diesen vier Jahren, beglückendes Erlebnis geworden ist. Bruno Walter fühlt in sich die Beruflichkeit — und das ist seine Stärke — die höchsten Werte der Musik zu verwerten und die unvergänglichen Werte der großen Meister in reiner Form lebendig zu vermitteln. Noch einmal hat er an zwei Abenden davon Zeugnis abgelegt. Stücks „Orpheus und Eurydike“, Beethoven's „Fidelio“, — die Gipfelleistungen, zu denen er alle Beteiligten, Solisten, Chor, Orchester, emporgeführt hat, sind hier oft gewürdigt worden; die Gehobtheit der Stunde bewirkte diesmal eine feierliche Konzentration der Stimmung, eine höchste Steigerung der Kräfte, die sich, noch einmal, nicht beschreiben läßt. Wann wird in Berlin dergleichen wieder zu erleben sein?

K. P.

Der Prinz von Byzanz.

Neues Theater am Zoo.

Große Romanciers können schlechte Dramatiker sein. Ein Beweis dafür Josephin Peladan, dessen Schauspiel „Der Prinz von Byzanz“ in einer Reinszenierung des Neuen Theaters am Zoo, anlässlich des siebenzigsten Geburtstages des 1918 verstorbenen Dichters, eine verspätete Berliner Uraufführung erlebte.

Immer behandelt Peladan das mythische Thema aus Wagners „Tristan und Isolde“: Verschmelzen der Liebenden zu einem Wesen, Einswerden miteinander und mit der Natur mit Gott, ein Thema, das die Mystiker aller Zeiten in den Mittelpunkt ihrer Werke stellten. Hier, im „Prinzen von Byzanz“, vollzieht sich das Geschehen vor einer historischen Kulisse. Es spielt in Italien des ausgehenden sechzehnten Jahrhunderts.

Vielleicht aus Furcht zu abstrakt zu werden, häuft Peladan um das Grundthema alle Requisiten des großen Kostümdramas. Intrigen werden gesponnen wie in einem aufrechten Kullissenstücker. Aber leider überwiegt das Drum und Dran. Es fehlt die klare Linie. Der Zuschauer weiß am Schluß nicht, worum es sich handelt. Dazu eine Sprache, die stellenweise bombastisch überladen erscheint, dann wissenschaftlich abstrakt klingt und daneben Worte verinnerlichter Lyrik findet.

Aufgabe der Regie: die Vorgänge klären, die Idee herausarbeiten oder das Drama als Historie inszenieren. Die Esoterische Bühne, eine der vielen Neugründungen dieses Jahres, spielt schlimmste Proving. Hier ist keine Spur von Gestaltung. Die Schauspieler machen entweder Konversation oder donnern Schillerische Sätze. Die Esoterische Bühne erklärt, sie erstrebe eine vergeistigte und verinnerlichte Theaterkunst. Programmklärung und Wirklichkeit bedenken sich nicht. Die Gründung erscheint überflüssig. F. S.

Provinzopern von vorgestern.

„Das Nachtlager in Granada.“

Ein „Volksoperverein“, der in seinem Prospekt die hohe Kunst als Gegengift gegen den heute wuchernden Schmutz und Schund verheißt, hatte sich am Sonntag nachmittag im Theater in der Lühowstraße etabliert. Einige Duzend Zuschauer füllten — so weit ihnen das möglich war — den Zuschauerraum und genossen Kreuzers Oper „Das Nachtlager von Granada“. Rein, war das schaurig schön! Daß es solche Theaterkultissen, solche Darsteller noch gibt, konnte man überhaupt nicht vermuten. Wie war's, wenn die Herrschaften auf der Bühne einmal in den Offen Berlins, in das Hof-Theater etwa, gingen und sich anschauten, wie man sich — auch bei nicht übermäßig hochgeschraubten Ansprüchen des Publikums — auf der Bühne zu bewegen hat? Ein paar erträgliche Stimmungen wurden teils mit Kreuzer, teils mit dem Orchester nicht einig.

Was soll der Unfug? Sollten hier engagementslose Musiker sich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, so möchte man ihnen raten, sich erst einmal nach einem tüchtigen musikalischen Regisseur umzusehen und dann mit besser durchgearbeiteten Opern-musikale Provinzorte aufzusuchen. Die Veranstaltung als eine kulturell wertvolle Vorbereitung anzupreisen und sie mit dem Namen „Volksoperverein“ — was ist das eigentlich für ein Verein? — dekorativ aufzumachen, war, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit.

12.

Schauspielerjubiläum Max Pohls.

Die staatlichen Schauspieler feierten das 50jährige Bühnenjubiläum Dr. Max Pohls durch eine Festvorstellung von Shakespeares „Londoner verlorene Sohn“ im Schiller-Theater. Der Jubilar spielte den Vater. Der Künstler bewegt sich in völlig ungetrübter Frische auf der Bühne, indes geht ein Strom jugendlichen Feuers von ihm aus, ein Strom, der mitreißt und in den Bann zieht. In der großen Pause umbrauften den Jubilar inmitten seiner Kollegen Beifallsstürme. Otto Laubinger überreichte ihm einen von den Mitgliedern der Staatstheater gemeldeten Kranz, begrüßte ihn dann im Namen der Kollegen. Nach lebhaften Ovationen ergriff Dr. Pohl selbst das Wort. Er dankte bewegt für die aufrichtige Verehrung seiner Kollegen. 45 Jahre lang ist Pohl Schauspieler in Berlin, das ihm, wie er sagt, zur zweiten Heimat wurde. 45 Jahre lang genießt er die höchste Verehrung der Theaterbesucher. Als Pohl humorvoll auf sein „Jugendliches“ Alter hinwies, wurde lebhaft mitgesprochen. Er dankte dann noch einmal, rief zum Schluß dem Publikum ein kräftiges „Auf Wiedersehen“ zu. Wir können in diesen Ruf nur miteinstimmen. Möge uns mit der großen Gestaltungskunst Max Pohls noch recht, recht oft ein Wiedersehen beschieden sein!

—7.

Kongresse. Die Ehefedeare-Gesellschaft hält ihre diesjährige Tagung am 22. bis 23. April in Weimar ab. — Die deutsche Pante-Gesellschaft wird Ende September in Weimar tagen. — Die Schopenhauer-Gesellschaft bereitet ihre diesjährige Tagung für den Mai in Frankfurt a. M. vor.

Herbert Hoover

Der neue Mann im Weißen Hause

„Herbert Hoover ist ein Sproß aus Siedlergeschlecht.“ So beginnt Will Irwin seine Biographie des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Hoover stammt, wie man bei uns sagen würde, aus „kleiner Familie“. Er war eines Farmers Sohn und wurde einfach erzogen. Die Frömmigkeit des amerikanischen Puritanismus — seine frühverstorbenen Eltern waren Quäker — kennzeichnete das Elternhaus, in dem der Knabe zum Jüngling ward.

Der junge Herbert Hoover hatte Glück. Er kam auf die Universität Stanford und lebte von targen Mitteln, die er zum Teil selbst verdiente, dem Studium und dem Sport, wie viele



Tausende anderer amerikanischer Studenten es auch tun. Als er Stanford verließ, besah er noch weniger als gar kein Geld. Seine Neigung rief ihn zum Ingenieurberuf; doch war er einsichtig genug, zu wissen, daß Broterwerb und Lebensknoten vor Studium und Wissenschaft geht. Für 50 Dollar monatlich arbeitete er, sei es im Bureau, sei es draußen im Praktischen. In seiner Freizeit vervollkommnete er das theoretische Wissen. 1897, 23 Jahre alt, begab er sich auf große Fahrt hinüber nach Australien, China und Rußland.

1914 war Hoover bereits ein hochangesehener Mann, ein Selbstmademan mit dem ganzen Selbstbewußtsein und der ganzen Selbstsicherheit dieser amerikanischen Menschen, die von unten kommen. In den Türen bescheidener Bureauräume in San Francisco, New York, London, Melbourne, Schanghai und St. Petersburg zeigte ein einfaches Firmenbild „Herbert C. Hoover“, wer hier zu Hause war.

Der in der Welt unbekannt, nur im engeren Kreise angesehene Mann wurde weltberühmt durch den Krieg. San Francisco bereitete für 1915 die Panama-Pazifik-Ausstellung vor. Man wählte Hoover zum Vermittler bei den europäischen Regierungen. So war er denn auf einer Reise von Hauptstadt zu Hauptstadt, als die Tragödie des Weltkrieges begann. Er begab sich nach London, der Hauptstation für die Kabel der ganzen Welt. Den kaum angekommenen erwartete eine Aufgabe. 200 000 amerikanische Bergungsreisende hatte der Krieg in seinen Reihen gefangen. Hoover und mit ihm andere Amerikaner, alle seine Gefährtenamen schlechweg, aber Leute, die wußten, daß auch die Erfüllung einer sittlichen Aufgabe eine gute und ertragbringende Kapitalanlage ist, erkannten, daß hier eingegriffen werden müsse. Als Leiter des Hilfswerkes für Belgien übernahm Hoover eine schlimme Aufgabe. Er mußte zwischen der englischen Admiralität, den französischen Militärs und der deutschen Besatzungsarmee vermitteln, mußte daneben die Neutralen, namentlich Holland, heranziehen, mußte Kapital und immer wieder Kapital beschaffen. Zivilisten und menschlich denkende Militärs in allen Lagern sahen die Bedeutung des Werkes ein. Hoover mit seiner unerschütterlichen Ruhe, seinen rein sachlich vorgetragenen Zahlen und seinem überlegenen Schweigen, wenn der Unterhandlungspartner laut und aufgeregert wurde, siegte, bezwang Lloyd George, bezwang selbst die Franzosen, bezwang die deutschen Militärs.

Dann kam der verschärfte U-Bootkrieg und mit ihm die Kriegserklärung der U.S.A. an Deutschland. Hoover ging nach Washington. Drei große Forderungen stellten die Bundesgenossen in London, Paris und Rom: Truppen, Munition und Lebensmittel. Der Demokrat Woodrow Wilson berief den Republikaner Herbert Hoover zum Administrator des amerikanischen Lebensmittelversorgungsamtes. Anderthalb Jahre lang organisierte Hoover die Lebensmittelversorgung fast der gesamten Welt.

Die Zentralmächte waren zusammengebrochen, Deutschland war

ausgehungert, im früheren Oesterreich-Ungarn lagen die Dinge vollkommen im Argen, Polen und die Provinzen des alten Rußland, die Deutschland bis dahin besetzt hatte, standen vor der Katastrophe. In ganz Südeuropa herrschten Hunger und Unordnung. Hoover wurde nach Paris geschickt, um Europa vor dem Hunger und damit vor dem Chaos zu retten. Irwin schreibt:

„In den Monaten die dem Waffenstillstand folgten, nahm Hoover die schwierigste und gefährlichste Aufgabe seines ganzen Lebens in Angriff. Er kämpfte jetzt mit dem Rücken gegen die Wand. Wenn ich mit die flüchtigen Augenblicke, in denen ich Hoover damals bei der Arbeit sah, ins Gedächtnis zurückrufe, so kommt er mir vor wie ein Schachmeister, der zwanzig Spiele auf einmal und die meisten mit verbundenen Augen spielt.“

Hoover verlangte die Aufhebung der Blockade. Aber die Alliierten bestanden darauf, daß die Blockade aufrechterhalten bleibe, um ein Druckmittel für die Friedensverhandlungen in der Hand zu behalten. Die Intransigenz der Generale und ihrer Anhänger stellte sich, wenn Hoover bei den Politikern etwas errungen zu haben glaubte, immer wieder der Vernunft entgegen. Es waren wirtschaftliche Momente, die endlich siegten. Im März durchbrach er die Blockade und drang nach Deutschland vor. Irwins Satz ist bezeichnend:

„Dadurch wurden vor allen Dingen die Frauen und Kinder in deutschen Städten vor Hunger gerettet, aber als natürliche Folge davon hatten wir ein neues Absatzgebiet für unseren Ueberfluß gefunden.“

Es ist bezeichnend für das Ansehen, das Hoover genoß, daß

ihn die Demokraten nach seiner Rückkehr in die Staaten als Präsidentschaftskandidaten aufstellen wollten, obgleich er Republikaner war und ist. Am 4. März 1921 berief ihn der Präsident Harding zum Handelsminister, und wieder organisierte Hoover. Irwin schreibt:

„Kürzlich hat der Zeichner Darling „Ansichten von Washington“ herausgegeben. Im Vordergrund jedes dieser Bilder steht dieselbe immer wiederkehrende Figur: Hoover, der Leiter des amerikanischen Innenhandels; Hoover, die treibende Kraft unseres Außenhandels; Hoover, der Förderer von Funken- und Flugverkehr; Hoover, der Schutzherr der Schifffahrt; Hoover, der Bekämpfer der Arbeitslosigkeit; Hoover überall...“

Wieder war Hoovers Name in aller Munde, als er 1922 auf Gorkis Rotes Kreuz hin das Hilfswerk für Rußland zusammen mit Nansen organisierte. Vier Jahre später, als die Mississippi-überschwemmung unzählige obdachlos gemacht hatte, rief Coolidge Hoover an die Spitze der Hilfskommission.

Heute ist Hoover Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er fühlt und denkt als Amerikaner. Mag er vom Sozialismus noch so weit entfernt sein, das eine wird man anerkennen müssen, daß er eine praktische Sozialhilfe größten Ausmaßes mit dem Kalkül des modernen Kapitalismus überall da auf einen Reimer zu bringen wußte, wo es not tat. Deutschland wird nicht vergessen, daß er es war, der nach dem dreieinhalbjährigen Völkermorden die Hungerblockade durchbrach und den Weg zu den völkerverbindenden, völkervereinigenden Weeren erzog.

Hening Duderstadt.

Damals wie heute

Der Große frißt den Kleinen auf...

Von Cunows ausgezeichnete Wirtschaftsgeschichte (Allgemeine Wirtschaftsgeschichte von Heinrich Cunow, Professor an der Universität Berlin, Verlag S. H. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin) ist soeben der dritte Band erschienen. Wir entnehmen dem Band einen Abschnitt, der die Entstehung der Großbetriebe im mittelalterlichen England schildert. Er zeigt anschaulich, daß damals schon, lange vor Beginn der eigentlichen Maschinenindustrie, die Entpersönlichung des Menschen als Arbeitnehmer begann, wie überhaupt die Arbeitskämpfe des Mittelalters mit den modernen Arbeitskämpfen viel mehr Ähnlichkeit hatten, als es die bisher übliche Geschichtsschreibung, die die Masse Mensch mitunter notgedrungen als Objekt, nie aber als Subjekt der Geschichte betrachtete, ahnen läßt.

Die manufakturmäßige Produktion hat zuerst in der Wollwarenherstellung eingesetzt, damals der wichtigste Fabrikationszweig Englands. Der Vorgang vollzog sich in ähnlicher Weise wie in den rheinischen Gebieten. Die Exporteure von englischem Tuch begnügten sich, als sich ihre Ausfuhr mehr und mehr vergrößerte und schließlich auf ihr und der Tuchmacher Drängen im Jahre 1463 die Einfuhr wollener Tuche in England verboten wurde, nicht mehr damit, die von ihnen gewünschte Exportware den Tuchmachern zu bestellen und abzukaufen; sie kauften nun selbst die Wolle ein, ließen diese zubereiten und verspinnen und aus dem Garn dann von den Tuchmachern nach ihren Angaben die zur Ausfuhr bestimmten Tuchstücke anfertigen. Dabei blieben sie aber nicht stehen; sie richteten bald eigene Wollschlaggeräten, Spinnereien, Webereien, Walkereien usw. ein, die nun ausschließlich für ihren Bedarf arbeiten mußten.

Einer der ersten dieser kaufmännischen Großunternehmer war John Winchcombe, der in Newbury (Berks) zu Anfang des 16. Jahrhunderts in einem eigenen großen Hause mehrere hundert Wollarbeiter und Weber beschäftigt haben soll. In der Oxford Bodley-Bibliothek befindet sich in der Sammlung von F. Douce ein 1630 in erster Auflage erschienenen Schriftchen, betitelt „Pleasant History of John Winchcomb, in his younger years called Jack of Newbury“ („Lustige Geschichte von John Winchcomb, in seinen jüngeren Jahren Jakob von Newbury genannt“), in der das Winchcomb'sche Unternehmen folgendermaßen besungen wird (nach der deutschen Uebersetzung in W. A. Hiesigs „Englischer Wirtschaftsgeschichte“, II. Band, S. 270):

„In einem großen, langen Saal
Zweihundert Webstuhl an der Zahl!
Dran wirkten all in einer Reih
Zweihundert Männer — daß Gott verzeih!
Bei jedem Mann ein Knabe saß,
Der wand die Spul mit vielem Späß.
Im nächsten Saale, dicht dabei,
Einhundert Frauen, frank und frei,
Krempelnd mit Fleiß in heller Lust,
Sangen ein Lied aus voller Brust.
In einem andern Raum alsdann
Zweihundert Mäpde traf man an.
In kurzem Rock von rotem Tuch:
Ein milchweiß Kopftuch jede trug.
Sie lieh der Mädel ein Eiser nach,
Sie spannen dort den ganzen Tag.
Beim Spinnen ihre Stimm erklang
So süß, wie Nachigallenlang.
In einem andern Saale war
In dürftiger Tracht 'ne Kinderchor:
Die Wolle zupfend jedes saß
Und seute von der groben las:
Einhundertfünfzig, Gott erbarm,
Kinder von Leuten schlicht und arm.
Die von der Arbeit brachten heim
Nachts nur ein einzig Hellerlein:
Doch Trant und Speise für den Tag
Bewahrte sie vor Ungemach.
Und wenn sodann man weiter geht,

Man fünfzig wackre Mann erspäht:
Tuchmacher waren's alleamt,
Liebten mit Kunst und Fleiß ihr Amt.
Und nebenan da plagen sich
Bohl achtzig Knauer männiglich.
Ein Färberhaus gab es sodann,
Drin schafften volle vierzig Mann;
Die Wollmühl zu guter Leht
Mit zwanzig Leuten war besetzt.“

Das Geschäft rentierte sich. John Winchcomb wurde ein reicher Mann, der in seinem Testament — er starb 1519 — der Stadt Newbury eine beträchtliche Geldsumme zum Bau einer Pfarrkirche vermachte und seinem Sohn, der wegen seines Vaters Verdienste (vielleicht als Belohnung für die Ausbeutung kleiner Kinder und alter Frauen?) 1549 geachtet wurde, ein großes Vermögen hinterließ.

Ein anderer Großunternehmer war ein gewisser William Stump oder Stumpe, der, wie J. Veland in seiner von T. Hearne herausgegebenen Reisebeschreibung („Itinerary“, 2. Band, S. 53), berichtet, in den Jahren 1540 bis 1545 in der von ihm angekauften und erweiterten Abtei zu Malmesbury eine große Tuchmanufaktur betrieb und dort an 2000 Textilarbeiter — wahrscheinlich eine übertriebene Zahl — für sich arbeiten ließ.

Winchcomb und Stump sind die beiden größten der „Manufacturers“ des 16. Jahrhunderts. Neben ihnen tauchten bald eine Anzahl kleinerer, meist aus reichgewordenen Tuchmachern herorgegangener Unternehmer auf. Spinner und Weber, Walker und Färber sahen sich in die Enge getrieben und wandten sich mehrtägig an das Parlament, das 1555 eine Verordnung erließ, in der es heißt:

„Die Weber dieses Königreiches haben sich beklagt, daß die reichen und wohlhabenden Tucher sie in manniglicher Weise unterdrücken: 1. Etliche, indem sie in ihren Behausungen verschiedene Webstühle aufstellen und in Betrieb setzen und Gesellen und ungeliebte Leute annehmen und halten, zum Nachteil einer großen Anzahl von Handwertern, die das Webergewerbe erlernen haben, und zum Schaden ihrer Familie und ihres Hausstandes; 2. Etliche Tucher aber kaufen eine große Anzahl Webstühle auf, bringen sie in ihre Hand und lassen sie alsdann zu so unvernünftigen hohen Preisen aus, daß die armen Handwerker nicht imstande sind, sich zu erhalten, um wieviel weniger ihre Frauen, ihre Familie und ihre Kinder; 3. und etliche Tucher endlich gewahren für das Weben und das Bearbeiten der Wolle zu Tuch weit weniger Lohn und Verdienst, als sie früher taten.“

Deshalb wurde in der betreffenden „Weber-Akte“ angeordnet:

1. Kein Tucher, der außerhalb einer Stadt wohnt, d. h. außerhalb einer korporierten Stadt oder eines Marktortes, soll in seinem Haus oder Besitze mehr als einen Webstuhl auf einmal haben; auch soll er in keiner Weise aus dem Vermieten von Webstühlen oder von Räumen, in denen solche aufgestellt sind, Nutzen ziehen.
2. Kein Wollweber auf dem Lande soll mehr als zwei Webstühle halten oder mehr als zwei zu seinem Vorteil ausnützen.
3. Kein Weber soll eine Walkmühle besitzen oder das Gewerbe eines Walkers oder Färbers betreiben.
4. Kein Walker soll in seinem Haus oder Besitze einen Webstuhl haben.
5. Niemand, der nicht schon ein derartiges Gewerbe betreibt, soll außerhalb korporierter Städte und Marktplätze oder solcher Orte, wo in den letzten zehn Jahren allgemein Tuchmacherei betrieben wurde, irgendwelche Art breiter wollener Tuche herstellen oder weben oder herstellen und weben lassen.
6. Ländliche Weber sollen nicht mehr als zwei Behrlinge halten.
7. Niemand soll in Zukunft die Webekunst oder das Webergewerbe betreiben, der nicht eine siebenjährige Wehrzeit durchgemacht hat.“

Die Verordnung sollte mit Ausnahme von Northumberland und Westmoreland sowie der Grafschaften York und Cumberland für ganz England gelten, hatte aber sehr geringe Wirkung auf die Zustände im Textilgewerbe. Schon im ersten Regierungsjahr der Königin Elisabeth, 1558/59, und darauf nochmals 1575 wurde die Geltung der Weberakte wesentlich eingeschränkt und unter Jakobs I. Regierung 1624 völlig aufgehoben. Die Entwicklung ging rücksichtslos über sie hinweg.

*) Herbert Hoover, Biographische Erinnerungen von Will Irwin (Verlag von Reimar Hobbing, Berlin).

Pioniere im Westen

Aus den Aufzeichnungen
des Tischlergesellen Willibald Seemann

(4. Fortsetzung.)

Eine Musikkapelle hat unter der Kanzel Aufstellung genommen, es fehlt nur der Pfarrer. Wir warten und sind schon müde vom Stehen. Endlich erscheint er. Es ist derselbe, der unseren toten Kameraden immer die Grabrede hält. Nach allen Seiten grüßend, befeigt er pustend die Kanzel. Der Gottesdienst beginnt.

Brausend aus tausend Männerkehlen, tönt der Choral in die hohen Böden hinauf, begleitet vom Orchester. Sehnsuchtsvoll verhaßt er in den lichten Morgen. Dann beginnt der Pfarrer zu predigen. „Wir wollen heute das Kapitel: Lucas 10, Vers 25—37, hören, welches also heißt: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben aus deinem ganzen Herzen, aus deiner ganzen Seele und aus all deinen Kräften und aus deinem Gemüte; und deinen Nächsten sollst du lieben wie dich selbst.“

„Kameraden, wir haben Krieg, die Welt brennt vom lodernen Brande, diesem Brande, der uns aus unseren Familien herausgerissen hat, aus unserer Arbeit, aus unseren Gewohnheiten und nicht zuletzt aus unserem Stumpfsinn. So mancher Kamerad, der jetzt treue Wacht im Schützengraben hält, hat vor dem Krieg niemals an seinen Gott gedacht, seine Kinder nicht zum Gottvertrauen erzogen! Doch der Krieg hat uns gelehrt, zu Gott zu beten.“

Viele unter euch werden sagen: Ja, warum hat denn Gott den Krieg über uns gebracht und läßt uns schon im zweiten Kriegsjahr schmachten...? O, ihr, die ihr verblendet seid, merkt ihr gar nicht, daß Gott uns eine Prüfung auferlegt hat, damit das Schicksal uns, die ganze Menschheit, ihm zuwenden in festem Glauben. Um Gott lieben und dienen zu lernen, jederzeit hat er den Krieg in das Land kommen lassen, um ihn lieben zu lernen und uns schuldig zu finden und zu büßen für unsere Wollust, der wir vor dem Kriege frönten. Wenn unsere Brüder sterben vor dem Feinde für Kaiser und Vaterland und die Familie daheim, dann sterben sie in der Pflichterfüllung für alles Irdische, Kameraden. Sie sterben für Gott und in Gott! Dem Allmächtigen hat es gefallen, ihren irdischen Leib zu sich zu nehmen, weil er sie liebt und sie mit Gnade umgeben will. Darum weinet und klaget nicht, wenn ihr einen Kameraden in das Grab senket. Gott hat ihn von irdischen Leiden erlöst!...

Deinen Nächsten sollst du lieben wie dich selbst. — Kameraden, welches große Wort hat Jesu da gesprochen! Liebet euren Nächsten, segnet, die euch fluchen. Seht, Jesus Christus hat bildlich gesprochen. Wir sollen unseren Nächsten lieben, unseren Bruder, den Kämpfer, der mit uns unter dem Gewehr steht!

Doch unsere Feinde? werdet ihr fragen. Ja, Kameraden, sind sie denn unsere Brüder, sie, die unseren Kaiser, unser Vaterland und Frauen und Kinder, Väter und Mütter in toller Wut berauben wollen? Die über unsere gezeichneten Heimatsturen herfallen wollen wie die gottlosen Wilden in Afrika?

Nein, sie sind nicht unsere Brüder, weil sie unser Land rüdtlings überfallen haben! Das will auch der Herrgott nicht, er, der alle Bosheit durchschaut! Dank seiner Gnade und Liebe haben wir die zahllosen Feinde siegreich aus unserer Heimat verjagt. Seiner allmächtigen Gnade hat es gefallen, uns beizustehen. Und deshalb wollen wir mit all unserer Liebe ihn lieben, mehr als uns selbst! Lasset uns beten!“

Nach dem Vaterunser erbrauste der Raum und es dehnte sich in die Weite das niederländische Dankgebet.

Dort, wo stumm die Orgel stand, erkante ein feier abgestimmter Männergesang: Schuberts „Du bist die Ruh“ erklang leise. Dann sangen die Männer „Sonntag ist's“ und „Horch, die alten Eichen rauschen!“

Von allen Seiten wurde Bravo gerufen. Ein jeder fühlte ein Stückchen Heimat in diesem Gesang und trug es mit hinaus aus der Kirche. Das war das echte Deutschland, um das wir ausgezogen waren zu kämpfen. In diesen stillen Weisen lag unser Vaterland verborgen. Darin lag unser Empfinden, unsere Seele.

Hooge.

An einem Montagmorgen wurden wir durch ungewöhnliches Artilleriefeuer aus dem Schloße geweckt. Einige Kameraden standen von ihren Schlafstätten auf und eilten auf die Straße, um zu sehen, von woher das starke Feuer kam.

Ich maß der Kanonade keine Bedeutung bei, derartiges war ich gewöhnt von manchen Stunden in unserer Stellung. Vielleicht war es ein Feuerüberfall, den es so oft gab. Daher legte ich mich auf die andere Seite und versuchte, weiter zu schlafen. Es graute erst der Morgen und es waren noch etliche Stunden bis zum Wecken. Die Kameraden aber kamen zurück und sagten, daß irgendwo rechts von unserer Stellung ein Angriff sei. In der Tat, die Kanonade wurde immer stärker. Unsere Baracke hob sich vom Aufdruck und senkte sich, wenn mal eine Sekunde die Kanonade nachließ. Die Wände drängten nach innen, als wären sie aus Gummi. Schlafen konnte keiner mehr. Wir steckten ein paar Kerzen in Brand und klebten uns an. Bald kam auch ein Unteroffizier, notdürftig nur bekleidet, herein und rief: „Die Engländer greifen auf Hooge an, um die Front zu durchbrechen. Fertigmachen zum Abmarsch!“

In Eile suchten wir unser Gepäck zusammen. Es ging nicht ohne Schwierigkeiten. Solange wir in Stellung zogen, brauchten wir nicht feindlichmüßig zu gehen; daher lagen die Tornister seit vielen Monaten in dem engen Raum aufeinandergepackt. Beim flackernden Kerzenschein wollte jeder seinen Tornister haben. Es kam alles durcheinander. Zank und Streit entstand, dem einen fehlten die Riemen am Tornister, dem anderen dieses und einem dritten jenes. Schließlich fand doch jeder seine Sachen und bereitete sich, fertig zu werden.

Punkt sieben standen wir auf dem Hof und empfingen hundertfünfzig Patronen und für drei Tage Verpflegung in Büchsenfleisch. Dann marschierten wir ab. Der Feldwebel rief uns nach: „Halte die Ohren steif, Jungen!“

Die Kanonade war heftiger geworden. Jetzt, wo wir auf der Straße und auf freiem Felde waren, hörten wir das Getöse der schweren einschlagenden Granaten. Weit, weit in der dunklen Ferne lag der Kampfplatz. Und was doch dem Ohr so nah! Wir erblickten in der Ferne die schwarze Pulverwand, die den Himmel trotz des

jomigen Tages verdunkelte. Und wir wurden stumm vor dem übermächtigen Schichtenlärm.

Wenn man in ein Gefecht zieht, weiß man nicht, ob man wiederkehrt. Die Gedanken kreisen blühschnell im Kopfe herum, man denkt an die Lieben daheim, an die Tage und frohen Stunden, die man einst verbrachte und nicht genug würdige. Und man murmelt: „Behüt' euch Gott, es wär' so schön gewesen...“ Vielleicht, vielleicht nicht, das Leben ist ein Würfelwurf im Kriege. Eine gewisse künstliche Gleichgültigkeit macht man sich; man wendet sich dem Nachbar zu, der auch den Kopf hängen läßt und sagt: „He, Kamerad, das Leben ist nur Sorge, Kummer und Schinderei, laß kommen was da will, einmal kann man nur sterben — weiter nichts!“

Und diese Hoffnung, die keine ist, weil sie künstlich gemacht ist, gibt denn den Galgenhumor und ein Lied wird angestimmt.

Zaghaft klingen die Töne aus dem Munde, werden dann freier und es steigt ein Lied in den wunderschönen Herbstmorgen, rau und kräftig. So sang denn auch bald der ganze Zug:

Des Morgens früh um fünf,
Schneißt uns der Spieß schon raus.
Dann ziehen wir mit Spaten
Nach Korteville heraus.
Granaten und Schrapnelle,
Die schlagen über uns weg,
Es dauert gar nicht lange,
So liegen wir im Dreck!
Korteville, Korteville, wie bist du doch so schön,
Korteville, Korteville, so etwas hat man noch nicht geseh'n!

Dann will einer aus der Kolonne auch einmal sein Recht haben, er singt gern traurige Lieder. Und so hört denn bald jeder Vorübergehende das mit Gefühl gesungene Lied:

Bruder, ach Bruder, ich muß dich verlassen,
Bruder, ach Bruder, ich muß dich verlassen,
Hole, ach hole mir einen Feldscher her,
Daß meine Wunden verbunden werd'n...

Es erschalle noch manches Lied, bald lustig, bald traurig, bis zum Bahnhof von Berwick. In die engen kleinen Wagen einer Kleinbahn wurden wir verladen und dann fuhren wir nach Hooge. In bummeliger Fahrt brachte uns der Zug durch Ortschaften, die wir nie gesehen. Am späten Nachmittag stiegen wir auf freiem Felde aus der Bahn. Wir fanden etliche andere Pionierzüge der Fünftzehner, also unseres Bataillons, und freuten uns, nicht allein in den Dreck zu kommen.

WAS DER TAG BRINGT.

Mit der Kamera im Urwald.

Das Hochplateau um den in Zentralafrika gelegenen, von dem Kongostaat und Ostafrika begrenzten Kivusee ist die Heimat der Gorillas, die dort, zu großen Familien vereint, leben. Der englische Forschungsreisende Burbridge, der das Gebiet mit der Kamera bereiste, um Filmaufnahmen von den Bewohnern des Urwaldes zu machen, hatte seine liebe Not, um die Eingeborenen zu bewegen, ihn auf seiner Filmpedition zu begleiten. Nach der Versicherung der Regier sind die Gorillas blutrünstige Bestien, die jedem Bedrohten, das sich ihnen in feindseliger Absicht nähert, das Herz aus der Brust reißen und es gierig verschlingen. Die Eingeborenen fabeln sogar von einem Gorillakönig in der Person eines seltsamen Fabelwesens, das, halb Affe, halb Mensch, dereinst als gewaltiger Krieger hohen Ruhm erlangte. Der englische Forscher ließ sich durch solche gruseligen Märchen nicht einschüchtern. Nachdem es ihm endlich geglikt war, zwei Eingeborene aufzutreiben, die minder ängstlich als ihre Genossen waren, wagte er sich in die von den Affen bewohnten Wälder. Die Gorillas, die familienweise im Urwald leben, ziehen sich beim Nahen von Menschen in die Gipfel der Bäume zurück und benützen das dicke Zweigwerk als „Fenster“, durch die sie, selbst ungeschützt, die Zugänge beobachten. Burbridge gelang es, an einem dieser Beobachtungsposten heranzukommen. Sofort erschien an dem „Fenster“ ein halbes Dutzend junger Affen, die mit sichtlich Spannung heruntersahen. Dank dieser Neugierde konnte er in aller Ruhe einen Film von dem hübschen Bilde drehen. Aber das Abenteuer drohte eine kritische Wendung zu nehmen, denn plötzlich sah er sich einem alten Affen gegenüber, der, zähnefletschend und die Brust mit den geballten Fäusten schlagend, auf Burbridge losging. Wie der Reisende berichtet, brüllte das wütende Tier dabei wie ein Löwe, nur war das unheimliche Gebrüll auf einen tieferen Ton gestimmt. Diese Mitteilung ist um so bemerkenswerter, weil sie die angezweifeltsten Berichte des französischen Reisenden Du Chailu vollinhaltlich bestätigt. Dieser hat als erster um 1850 diese Menschenaffen am französischen Kongo studiert und ermähnt ausdrücklich das fürchterliche Gebrüll der Gorillas, eine Behauptung, die viele in das Bereich der Fabel verweisen wollten. Trotz seinem gefährlichen Aussehen und der drohenden Haltung griff übrigens der alte Gorilla Burbridge nicht an, sondern begnügte sich, in der Abwehrstellung zu verharren, was beweist, daß auch diese gefürchteten Menschenaffen besser als ihr Ruf sind.

Amtsstil...

Wenn ein Oberbayer nach Hamburg kommt und den Hasedialekt nicht versteht, so ist das begreiflich. Man sollte jedoch meinen, daß für alle einigermassen gebildete Menschen im Hochdeutschen eine Verständigungsbasis vorhanden ist, die ein absolutes „Kantverstoß“ ausschließt. Weit gefehlt.

In einer Entscheidung des Reichsfinanzhofes findet sich der folgende Gedankengang als trefflicher Beweis dafür: Es besteht Einverständnis darüber, daß, wenn ein Senat eine Sache nach § 46, Absatz 1. D., an den Großen Senat verweisen hat, zur Teilnahme an der Entscheidung außer dem genannten Senat die Senate ein Mitglied für den Großen Senat zu entsenden haben, die der abweichende Senat in der Begründung des Verweisungsbeschlusses als diejenigen bezeichnet hat, von deren angeführten Entscheidungen er abweichen zu wollen erklärt. Außerdem kann jeder andere Senat

Eine schöne breite Landstraße, die sich durch die Stellung zog und infolgedessen unterbrochen war vom Grabenweg, empfing uns. An einer Kreuzung, wo ein Feldweg in die Straße mündete, zogen sich die Häuser des Dorfes Hooge hin. Ein Schild baumelte an einem zerflossenen Baum, und in deutscher Sprache stand geschrieben: „Napoleonstraße“. Die Häuser, teils zerflossen, standen leer. Die hier einquartierten Soldaten waren in den Graben gezogen.

Wir marschierten näher an das Getöse, das vor unseren Augen brandete, und wurden in die Wolke des schwarzen schweren Pulverdampfes gehüllt. Wir sangen nicht mehr, wir waren ernst geworden. Auf der Straße machten wir halt und stellten die Gewehre zusammen. Ein wenig ermüdet, sahen wir uns auf unsere Tornister und warteten auf unseren Zugführer, der mit einem Tonspurmerk kommen sollte. Es wurde auf der freien Straße sehr gefährlich, da die Engländer sie mit ihren schweren, weittragenden Schiffsgeschützen bestrichen, die riesige Gruben und Höhlen rissen. Die starken Alleebäume trauten wie Streichhölzer um und blieben wie getödete Riesen auf der Straße liegen.

Kein Mensch war zu sehen nur wir, eine zweihundert Mann starke Kompanie, zusammengestellt aus vielen Abteilungen des Pionierbataillons. Schrapnells plätschten über unseren Köpfen, aber wir warteten. Juweilen hörten wir in sekundenstillen Momenten Maschinengewehrfeuer und wußten, daß der Engländer angriff. Denn die Erfahrung hatte uns gelehrt, den metallischen Schlag und den Klang jeder Waffe bei uns oder dem Engländer zu unterscheiden.

Dann war unser Leutnant da. Unser Zug Pioniere, ohne die anderen, die sich auch bald teilten, war zur Verstärkung der fünften Kompanie gedacht, die hier in ständiger Stellung lag. Diese Stellung, die seit der Nacht der Kampfplatz wahnsinnigen Ringens war, galt bisher als die ruhigste von allen Teilen. Nun wollten die Engländer mit frisch herangezogenen Kräften auf einer Frontbreite von zwei Kilometern durchbrechen.

Im Abenddunkel, wenn man daheim gemütlich sich ruhte und noch ärgerte, das Licht anzuzünden, zogen wir im Gänsemarsch in die Stellung. Mann hinter Mann, manchmal sich tief bückend, auf den Knien rutschend, kriechend, einander stoßend, in einer Dunkelheit, die nur erleuchtet wurde von dem Aufblitzen der freilegenden Granaten.

Rechts von der Straße lag der schmale Annäherungsweg, der sich dreiviertel Stunden durch einen schönen alten Buchenwald dahinzog. In dem jetzt schon halb zertrümmerten Wald lag ein zerflossenes Schloß des Königs von Belgien, das er für eine Hofdame bauen ließ. Der Weg durch den zerflossenen Graben wurde bei dem starken Artilleriefeuer und den vielen Hindernissen beschwerlicher. Wir kamen kaum vorwärts. Oft lagen Unterstände mitten im Graben. Eine Granate hatte die gefährlichsten Verwundeten unter den Betonmassen begraben. Im Aufblitzen eines springenden Zünders sah ich drei Soldaten an der Deckung sitzen. Der Luftdruck einer Granate hatte sie getötet. Um die zehnte Abendstunde bombardierten die Engländer die Gräben am heftigsten. Wir gingen schrittweise vorwärts. Die Gräben wimmelten von Menschen. Die Toten mehrten sich. Einstürzende Schuttermauern wurden vielen zum Grab. Da trocken wir trotz des Feuers auf dem Grabenrande weiter. Endlich standen wir in der ersten Linie und harrierten des Befehls zum Schanzgen. Dann in der tiefen Nacht, ohne in der Dunkelheit selbst den Feind zu erkennen, arbeiteten wir mit Pickel und Spaten, zwei Meter einer vom anderen entfernt.

(Fortsetzung folgt.)

ein Mitglied entsenden, der behauptet, daß die beabsichtigte Abweichung auch eine solche von einer seiner veröffentlichten Entscheidungen ist.“

Wer den fulminanten Satz beim erstmaligen Durchlesen versteht, hat sich den Nobelpreis verdient.

Im altösterreichischen Parlament.

Das alte neue Völkchen der Staaten umschloß, spielte der Sprachentamp eine immer größere Rolle, da sich in ihm der Kampf der Nationen um den Staat äußerte. Nachdem der Ministerpräsident Graf Badeni, ein Pole, 1897 jene Verordnung erlassen hatte, die für die Sudetenländer auch das Tschechische zur Amtssprache machte, traten die Deutschnationalen in die Opposition. Sie wurde durch unausgesetzte namentliche Abstimmungen bewirkt, da der Namensaufruf dreiviertel Stunde dauerte, bei jeder sonst belanglosen Formalität herbeigeführt werden konnte und so die Tagesordnung vollständig blockiert wurde. Die Nichtdeutschlichen, besonders die Tschechen, hatten schon früher die „Angelobung“ beim Beginn eines neuen Parlaments in ihrer Sprache geleistet — nun antworteten sie auch bei den vielen Namensaufrufen ja. Da geschah es eines Tages, daß der Altdeutsche Georg Schönerer, als sein Name erklang, mit — oh yes antwortete. Damit wollte er das „ano“ (ja) oder „ne“ (nein) der Tschechen lächerlich machen. Zuerst allgemeine Verblüffung. Dann forderte der amtierende Präsident, selbst ein Tscheche, Schönerer auf, gemäß Artikel 19 der Verfassung in einer der landesüblichen Sprachen abzustimmen. Doch der stiernackige und starkköpfige „Herrgott von Zwei“ blieb hartnäckig und wurzelte bei seiner englischen Ausrufung. Und da auch der Präsident nicht nachgab, entstand zunächst ein gewaltiger Krach und man kam an diesem Tag nicht einmal mit dieser Abstimmung zu Ende.

Kampf gegen den Schleier.

Aus Tiflis wird berichtet, daß das Verbot des Schleiertragens bei der dortigen weiblichen Bevölkerung auf heftigsten Widerstand stieß. Ueber 900 Frauen rotteten sich zusammen und versuchten, bei dem Gouverneur vorstellig zu werden. Ein größeres Polizeiausgebot war notwendig, die erregten Frauen zurückzudrängen. War es nun die sprichwörtlich gewordene Galanterie des Mannes dem schwächeren Geschlecht gegenüber, was die Polizei ärgern ließ, genug, die empörten Frauen zeigten soviel Bravour, daß sie die Hüter der Ordnung in die Flucht schlugen. Einigen gelang es sogar, in den Palast einzudringen. Es entwickelte sich hier ein Schlägerei zwischen den Frauen und den Wachhabenden. Zerkauft, zerbeult mühten schließlich die tapferen Kämpferinnen zurückzuweichen. Viele von ihnen — so meinet der Bericht — verloren in dem Kampf ihren Schleier, wobei es sich zeigte, daß die Regären alle Ursache gehabt hatten, um dieses wichtige Requisite, das ihre Häßlichkeit verhüllte, zu kämpfen...

Sächsisches, Allrusächsisches.

Ein leicht Angetrunkenen muß auf dem Wege nach seiner Behausung an Napoleonsstein vorbeigehen. Dabei hält er folgenden Monolog: „Siste, mei lieber Napoleon, ich geh' mir's grade wie dir Anno dazumal. Ich kann uns alle beide zu viel zugemut, um das haut een dann ganz elend zusamm.“

